

vom Ratsbüro genehmigt
am 20. November 2001

PROTOKOLL

der **14./15.** Sitzung
vom Dienstag, 13. November 2001
1. Teil 16.00 - 18.00 Uhr
2. Teil 19.05 - 21.15 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Peter Neukomm (SP) Präsident 2001

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 48 Mitglieder (1. Teil)
Ratspräsident und 45 Mitglieder (2. Teil)
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Dieter Amsler (FDP)

für den Anfang der Sitzung: Erwin Sutter (EDU)

für den 2. Sitzungsteil: SR Thomas Feurer
Edgar Zehnder (SVP)
Hanspeter Meier (SVP)
Therese Brambrink (FDP)

für den Schluss der Sitzung: Verena Stutz (SP)

Traktanden: 1. INTERPELLATION Bea Hauser (SP)	
Gefährdete Poststellen in Schaffhausen?	Seite 434
2. INTERPELLATION Andres Bächtold (SP)	
"Verlotterte Gebäude sind auch Schulden"	Seite 445
3. INTERPELLATION Iren Eichenberger (OeBS)	
"Jugendleitbild/Leistungsauftrag VSFZ"	Seite 465
4. Motion Rolf Amstad (SP) -	
Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen	Seite 474

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

8.11.00	VdSR - Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen	SPK
14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
8.05.01	Vorlage des SR Richtplan Parkierung	SPK
15.05.01	VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001	GPK
12.06.01	Motion Christian Hablützel (SP) - Keine Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken!	
18.06.01	INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) - Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren	
25.06.01	MOTION Peter Wullschleger (CVP) im Namen der Fraktions- gemeinschaft FDP/CVP u. SVP/EDU - Gesunde und attraktive Finanzen	
14.08.01	INTERPELLATION Raphaël Rohner (FDP) - Gewährleistung der öffentl. Sicherheit u. Schutz von Eigentum	
21.08.01	VdSR Neuregelung der städtischen Abfallgebühren	SPK
28.08.01	VdSR - Überführung der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen Sonderschulen in eine Stiftung von Kanton und Stadt Schaffhausen nach ZGB	SPK
04.09.01	Motion Esther Bänziger (SP): Heizzeiten an den städtischen Schulen	
11.09.01	Voranschlag 2002 der Einwohnergemeinde Schaffhausen einschliesslich Leistungsvereinbarungen Pilotabteilungen WOV	GPK
25.09.01	VdSR Vergabe der Liegenschaft "Haberhaus", GB Nr. 576, im Baurecht an die Ecobauhaus AG, Herrn G. Cerfeda, Architekt, 8400 W'thur	GPK
23.10.01	VdSR Parkleitsystem	SPK
6.11.01	INTERPELLATION Alfons Cadario (EVP) - Militärunterkunft Breite	

Kleine Anfragen von

Thomas Hauser (FDP)	StadtschaffhauserInnen und die AXPO	25.08.01	13/2001
Hans Ith (SVP)	Spitex Organisation und Defizit	28.08.01	14/2001
Oskar Christian Brüttsch (FDP)	Kehrichtdeponie und verschmutzte Gehsteige	30.09.01	16/2001
Bea Hauser (SP)	Bericht des städt. Wirtschaftsförderers	3.11.01	17/2001
Alfons Cadario (EVP)	Fahrgastinformation der VBSH	3.11.01	18/2001

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE
Traktandum 1 INTERPELLATION Bea Hauser (SP)
Gefährdete Poststellen in Schaffhausen?

Die Interpellation wird begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 INTERPELLATION Andres Bächtold (SP)
"Verlotterte Gebäude sind auch Schulden"**

Die Interpellation wird begründet, von Baureferent SR Kurt Schönberger beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3 INTERPELLATION Iren Eichenberger (OeBS)
"Jugendleitbild/Leistungsauftrag VSFZ"**

Die Interpellation wird begründet, von Schulreferent SR Urs Hunziker beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 4 Motion Rolf Amstad (SP) -
Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen**

Die Motion wird begründet, von Schulreferent SR Urs Hunziker beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Rat überweist die Motion mit 41 : 0 Stimmen mit folgendem geänderten Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Grossen Stadtrat baldmöglichst Bericht und Antrag zu erstatten

- 1. über die Verantwortlichkeiten bezüglich Führung und Koordination der städtischen Jugendarbeit;*
- 2. darüber, wie die Organisationen der wichtigen Jugendarbeit - mit Betreuung und Beratung auch in den Quartieren - aufzubauen ist und mit welchen finanziellen Aufwendungen dafür zu rechnen ist."*

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Peter Neukomm (SP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN**Neu eingegangene Geschäfte:****6.11.01 INTERPELLATION Alfons Cadario (EVP) -
Militärunterkunft Breite**

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

Kleine Anfragen:

17 Bea Hauser (SP)	Bericht des städt. Wirtschaftsförderers	3.11.01
18 Alfons Cadario (EVP)	Fahrgastinformation der VBSH	3.11.01

Beantwortet wurden vom Stadtrat folgende **Kleine Anfragen** mit Datum 30. Okt. 01

Christian Meister (SVP)	Energieversorgung KSS	16.07.01	10/2001
Christian Bächtold (FDP)	Sporthallen	21.07.01	11/2001
Christian Bächtold (FDP)	Zusammenlegung der Verwaltungen Verkehrsbetriebe u. Schifffahrt U'see u. Rhein	2.08.01	12/2001

Verhandlungsbereite Geschäfte:

- VdSR vom 25.09.01 Vergabe der Liegenschaft "Haberhaus", GB Nr. 576,
im Baurecht an die Ecobauhaus AG, Herrn G. Cerfeda, Architekt, 8400 W'thur
- VdSR vom 8.05.01 Richtplan Parkierung
Die bereinigten Anträge der SPK liegen heute schriftlich auf.

Diese beiden Vorlagen werden auf die Traktandenliste vom 27. Nov. 01 gesetzt.

Änderungen in einer SPK:

SPK "Neuregelung der städtischen Abfallgebühren":
Anstelle von Herbert Distel (CVP) wird Peter Wullschleger (CVP) Einsitz nehmen.

Weiter haben die Mitglieder des GrSR z.K. erhalten:

- *Mögliche Verlegung des TASCH*
Einladung des SR vom 6. Nov. 2001 an die AnwohnerInnen der Fulachstr. u.U. zu
einer Info-Veranstaltung.
- *Einladung des VJPS zum Geburtstagsfest Do 29. Nov. 2001 in der Kammgarn*

Beim Stadtratsweibel Hp. Pletscher liegen heute folgende Informationen auf:

Veranstaltung Rathauslaube, Do 15. Nov. 2001:

- *Einladung der SP:*
 - 18.15 Uhr "Talk" mit dem britischen Unterhausabgeordneten Nick Palmer "New Labour: Wegweiser oder Irrweg?"
 - 20.00 Uhr Podiumsveranstaltung der OeBS zur Volksinitiative "Für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern."

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 13 vom 30. Oktober 2001 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.
Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

**Traktandum 1 INTERPELLATION Bea Hauser (SP)
Gefährdete Poststellen in Schaffhausen?**
-----**Bea Hauser (SP)**

Begründung *

"Jetzt geht die Post aber ab! Seit dem 3. April 2001 habe ich während Wochen und Wochen darauf gewartet, meine Interpellation begründen zu dürfen. Ich dachte schon einen Moment lang, wenn ich an der Reihe bin, gebe es keine eigenständige Poststelle mehr in dieser Stadt. In der Zwischenzeit hat sich doch einiges ereignet.

Der Regierungsrat hat mittlerweile eine Kleine Anfrage von SP-Kantonsrat Kurt Fuchs beantwortet, der sich nach dem Abbau von Poststellen im Kanton Schaffhausen erkundigt hatte. Die kantonale Exekutive verlässt sich auf die Überprüfung der Post über das Kundenverhalten und die Wirtschaftlichkeit der Poststellen und auf das alternative Angebot für die Gemeinden mit ungenügend frequentierten Postbüros, das die Postdirektion entwickelt hat. Alternative Betriebsformen wie Hausservice, mobile Poststellen, Filialen und Agenturen mit Dritten würden geprüft. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass man die Augen nicht davor verschliessen könne, dass in zahlreichen Poststellen das Dienstleistungs-Angebot immer weniger genutzt werde. Ferner will sich der Regierungsrat in Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden und den Verantwortlichen der Post im Rahmen des geltenden Leistungsauftrags für ein sozialverträgliches Verfahren und für einen flächendeckenden "Service public" einsetzen. Die kantonale Exekutive will auch darauf achten, dass die Gemeinden innerhalb des Kantons nach gleichen Massstäben beurteilt werden und die anvisierten neuen Lösungen nicht schlechter seien als in anderen Landesteilen. Nach dieser verbalen Zickzacktour droht der Regierungsrat sogar, dass er bei den zuständigen Stellen des Bundes intervenieren will, sollte eine ungleiche Behandlung durch die Post festgestellt werden. Na ja.

Andererseits hat die Präsidenten-Konferenz Klettgau als Betroffene der als zukünftige P-Poststellen eingestuften Gemeinden des Klettgaus und des unteren Kantonsteils ein Schreiben an die Post-Direktion gesandt, in dem sie ganz klar festhält, dass die von der Post derzeit angebotenen Betriebsmodelle im P-Poststellenbereich - die Filialen, der Hausservice und die Agentur - in keiner Weise gleichwertig mit dem bisherigen Poststellenmodell seien. Die betroffenen Gemeinden verlangen ganz klar

- a) die physische Präsenz der Post in der Ortschaft durch den Betrieb einer bedienten Poststelle mit täglichen Öffnungszeiten, welche abhängig von der Anzahl Haushalte im Ort gemacht werden können;

- b) ein Angebot von durch die Post finanzierten und betriebenen Postfächern zur Sicherstellung der Möglichkeit für die Postkundinnen und -kunden, die Post am Morgen um 8 Uhr zu holen, sowie die Zustellung eingeschriebener Sendungen und grosser Pakete durch den Postboten an die privaten Kundinnen und Kunden;
- c) letzte Leerung der Briefkästen nicht früher als heute und die Möglichkeit, korrekt frankierte, eingeschriebene Briefe via Briefkasten aufzugeben mit Retournierung der Aufgabequittung an die Kundschaft am folgenden Tag sowie
- d) die Sicherstellung der Postdienstleistungen Ein- und Auszahlungen, Markenkauf und Aufgabe von Paketen und Express-Sendungen täglich und nicht bloss am Folgetag.

Die Gemeinden des Klettgaus fordern schlichtweg - ganz im Einklang mit der Regierung des Kantons Baselland - einen Marschhalt bei den laufenden Restrukturierungen, weil die Gefahr drohe, dass Infrastruktur zerstört werde, welche nach einer präzisen Formulierung des Leistungsauftrags an die Post durch das Parlament hätte erhalten werden können. Diese Gemeinden hoffen nun auf die beiden im Nationalrat überwiesenen diesbezüglichen Motionen.

Meine Damen und Herren, die Entwicklungen bei «Die Post» überschlagen sich. Ende letzten Jahres hat sie angekündigt, das Poststellennetz in der ganzen Schweiz radikal zu kürzen. Davon ist auch die Stadt Schaffhausen betroffen. Wir sind mit funktionierenden Poststellen gut bedient in der Stadt. Jedes Quartier hat eine. Die Reduktion der Öffnungszeiten und der Dienstleistungen haben wir in den letzten Jahren - nicht immer klaglos - entgegen genommen. Denn der "Service public" war, in der Altstadt wie auch in den Quartieren, meistens gewährleistet, auch wenn unsereins am Samstag keine Post mehr erhält.

Was bedeutet uns die Post? Auch in Zeiten des E-Mails, des E-Commerce, der E-Verwaltung und des E-Government - wovon uns wer weiss ich verschonen möge - brauchen wir die gute, alte, sich aber immer wieder verändernde Post. Es gibt noch - ich sage es sehr salopp - «Neandertalerinnen und Neandertaler», die Briefe und Karten schreiben, Gewerbe, Industrie, Banken und Versicherungen schicken uns ihre Offerten, Verträge und Rechnungen per Post zu, Tausende von AHV-Abrechnungen werden per Post zugestellt, und das Päckli oder Paket kommt immer noch mit der Pöstlerin oder dem Pöstler. Also was soll die Fragerei? Die Post ist ein öffentlicher Dienstleistungsbetrieb, ob das unseren Privatisierungsfans passt oder nicht.

Die SP hat im März dieses Jahres im Nationalrat eine dringliche Debatte zum Abbau von Poststellen verlangt. Damals waren folgende Fakten zu erfahren: Von den gegenwärtig 3'390 Poststellen in der Schweiz werden bis in fünf Jahren 700 bis 900 geschlossen, pro Jahr werden also zwischen 140 und 180 Postämter verschwinden - in der ganzen Schweiz. Da ist es unmöglich, dass der Kanton und damit auch die Stadt Schaffhausen nicht von der Schliessung betroffen sind.

Als der Nationalrat die Restrukturierung des Poststellennetzes diskutierte, haben sich, siehe den Anfang meiner Begründung, sogar die Klettgauer Gemeinden eingemischt und die Schaffhauser Nationalräte ersucht, sich für sie einzusetzen. Die Stadt hat dies meines Wissens nicht getan.

Nun gut, vielleicht wusste der Stadtrat schon, dass weder Bundesrat noch eidgenössische Räte etwas zu sagen hatten oder haben: Der Entscheid über die Dichte des Poststellennetzes steht in der alleinigen Kompetenz der Post.

Der Stadtpräsident hat sich hingegen in die Diskussion um die Poststellendichte eingeschaltet. Das finde ich höchst verdienstvoll. Mir liegt seine Korrespondenz mit der Konzernleitung von «Die Post» vor. Am 26. Juni dieses Jahres hat er an den Konzernleiter Ulrich Gygi geschrieben. Es geht um zwei Dinge: «Die Post» erstellt nämlich eine gesamtschweizerische Analyse über das Poststellennetz in 17 Städten, worunter auch Schaffhausen. Von dieser Analyse haben weder Stadtpräsident noch Grosser Stadtrat je etwas gehört - sie war am 29. Oktober 01 nämlich noch gar nicht fertig. Nun hat man ja annehmen müssen, dass bis zur Erstellung dieses Berichts keine Veränderungen im Angebot der Postdienstleistungen in der Stadt Schaffhausen stattfinden würden. Aber oha! Die Öffnungszeiten in einigen Quartierpoststellen wurden verändert, so öffnet die Post Unterstadt beispielweise eine halbe Stunde später am Vormittag. In seinem Brief an «Die Post» stellt Stadtpräsident Marcel Wenger dann korrekt fest: «Eine Veränderung von Öffnungszeiten bei Poststellen zieht naturgemäss eine Veränderung des Kundenverhaltens nach sich: Wenn die Post geschlossen ist, werden zentrale Stellen vermehrt in Anspruch genommen, mit dem Resultat, dass in den Quartierpoststellen schlechtere Auslastungszahlen vorliegen. So kann auch die beste Wissenschaft zu Fehlschlüssen über die Entwicklungskapazitäten führen.»

Sehen Sie, mir ist völlig bewusst, dass die Erhaltung der Dienstleistung der Post wieder einmal ein Thema ist, das nicht in einer Kommune allein entschieden wird. Aber die Entscheidungen laufen uns alle davon: Die Deutschen drohen uns, wenn wir dem Elektrizitätsmarktgesetz nicht zustimmen. Die Liberalisierungsidee führt uns alle viel schneller in die EU, als wir je dachten - und worüber sich vielleicht einige Damen und Herren der Rechten, für welche die EU das Reich des Bösen ist, gar nicht bewusst sind. Der Druck wird allerorten stärker. Aber es will mir nicht einleuchten, warum wir als Kommune nicht dafür kämpfen sollten, dass die postalischen Grunddienstleistungen - für die wir zu zahlen bereit sind - in der Altstadt und den anderen Quartieren erhalten bleiben sollen.

Meine drei Fragen sind einfach, und ich bin überzeugt, dass der Stadtrat seine Antwort bereit hat.

Und wer sich wirklich für die Erhaltung der Grundversorgung mit Postdiensten einsetzen will, darf bei mir die eidgenössische Volksinitiative «Postdienste für alle» der Gewerkschaft Kommunikation unterschreiben. Ich danke Ihnen."

Stadtpräsident Marcel Wenger Antwort des Stadtrates *

* Zukunft des Poststellennetzes, Vorbemerkungen

Seit der Verselbständigung und Ausgliederung der Schweizerischen Post aus der Bundesverwaltung wird mit zunehmendem Druck über die Zukunft des Poststellennetzes diskutiert. Konzernleitung und Verwaltungsrat der verselbständigten Post haben bereits auf Ende des Jahres 2000 angekündigt, dass sie eine Straffung der 3'390 Poststellen in der Schweiz anstreben. Aus dem aktuellen Netz soll bis ins Jahr 2005/2006 ein auf drei Typen von Poststellen reduziertes Angebot geschaffen werden, welches davon ausgeht, dass rund 80 Poststellen

ersatzlos gestrichen und die übrigen in PPP-, PP- und P-Stellen umgewandelt werden.

In einem detaillierten Schreiben, welches "Die Schweizerische Post" der Stadt Schaffhausen im Januar 2001 zugestellt hat, wird festgehalten, dass es mit dem Entscheid der Typisierung in der Stadt Schaffhausen neben der Hauptpost nur noch sog. PP-Stellen geben wird. Dies sind mittelgrosse Poststellen mit allen Dienstleistungen von Brief-, Paket-, Express- und internationaler Post. Ebenso angeboten werden Finanzdienstleistungen oder die Vermittlung von Finanzgeschäften. Zusätzlich ergänzen Drittleistungen wie zum Beispiel Autobahn- und Velovignetten diese Produktpalette. Dieser Typ von Poststellen bildet das flächendeckende Gerüst des Netzes, das durch Elektronik noch effizienter werden soll. In den Kantonshauptorten und in grösseren Städten wird es darüber hinaus mindestens ein sog. Postcenter geben, welches als PPP-Stelle bezeichnet wird. Sie werden an Standorten mit grossem Publikumsverkehr eingerichtet, gelten als "Supermärkte" der Post und bieten ein Vollangebot logistischer Produkte und Dienstleistungen bis hin zur Finanzberatung. Ausgewählte Teleinformatikprodukte und Drittleistungen runden das Angebot ab. Im Gegensatz dazu werden in den 17 grössten und mittleren Städten die einfachen P-Stellen mit einem Grundleistungsangebot nicht möglich sein. Sie sind vor allem in ländlichen Gebieten vorgesehen, wo die Dienstleistungen künftig in einer alternativen Betriebsform entweder durch den Hausservice (Pöstler), die mobile Poststelle, die Filiale oder die Agentur erbracht werden sollen. Der Postbote würde aufgrund dieser Vorstellungen zur mobilen Einzahlungsstelle oder zum Geldboten mit allen Vor- und Nachteilen, was die Sicherheit und das Pflichtenheft dieser selten gewordenen Spezies einer vertrauten Berufsgruppe angeht. Die Realisierung des neuen Netzes, das unter Umständen auch in Schaffhausen zur Schliessung einzelner PP-Stellen führen kann, ist nach Bekunden der Post nicht per Stichdatum vorgesehen. Vielmehr soll in einem Prozess in den nächsten fünf Jahren die geplante Zielgrösse der Anzahl Poststellen erreicht werden. In den Städten werden Analysen durchgeführt, aufgrund derer sog. Idealnetze bestimmt werden, welche dem Kundenverhalten, aber auch den betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen sollen. In Zusammenarbeit mit den lokalen Stadtbehörden und den Sozialpartnern werden die Entwürfe für das künftige Poststellennetz weiter entwickelt und schliesslich auf 2005/2006 umgesetzt. Gemäss ersten Analysen rechnet die Post mit einem durchschnittlichen Abbau der Poststellen von rund 25 Prozent. Aufgrund gut ausgebauter öffentlicher Verkehrsmittel werden diese Abbaubewegungen sich mutmasslich vor allem in den Städten abspielen; aber auch in Landgemeinden mit wenig Publikumsdichte werden Poststellen zugehen, mit allen Nachteilen für die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Vorgesehen ist, dass nach einem ersten Schritt der Analyse in den acht Grossagglomerationen Genf, Lausanne, Bern, Luzern, Basel, Zürich, St. Gallen und Lugano auch die mittleren und kleineren Städte in einem zweiten Schritt neu positioniert werden. Damit will die Post heute jährlich ungedeckte Kosten von rund 500 Mio. Franken um rund 100 Mio. Franken reduzieren.

Details zur Poststellenanalyse

Die Post hat in der ganzen Schweiz bisher rund 8'000 Personen zu verschiedenen Benutzerdaten befragt. Dies erfolgte bislang in acht grösseren Städten und in 52 Poststellen sowohl in Stadtzentren, in Wohngebieten mit grosser und kleiner Bevölkerungsdichte oder auch in Geschäftszonen.

Die Resultate dieser Umfrage hat sie uns im Rahmen eines Gesprächs mit dem Leiter der Region Nordost, Herrn Franz Huber, im Laufe des Januars dieses Jahres vorgestellt. Die Kriterien, welchen ein künftiges Poststellennetz entsprechen muss, sind vielfältig. Sie reichen von der Repräsentation in einem Quartier, Stadtviertel oder -kreis über die Bevölkerungsdichte, die öffentlichen Infrastrukturen, die Parkplätze und die Bekanntheit bis zur Dichte der Arbeitsplätze oder Definition sog. Anziehungspunkte. Ebenfalls werden zur Analyse Daten des Ist-Zustandes der Städte erhoben, sowohl was die Verkehrsströme im öffentlichen und privaten Verkehr angeht wie auch die Entwicklung von Bevölkerung und Arbeitsplätzen in den vergangenen Jahren. Diese Daten werden mit einer postinternen Analyse über den Markt, die Nachbarstellen, die Gebäudedaten und die Finanzdaten sowie die Infrastruktur ergänzt, und anschliessend führen diese Fakten zur Analyse über das künftige Poststellennetz.

Fragenbeantwortung

Frage 1:

Der Stadtrat hat Kenntnis von der Absicht, auch für das Schaffhauserische Poststellennetz eine Analyse nach den oben erwähnten Kenndaten durchzuführen und die Poststellenzahl möglicherweise zu reduzieren. Konkret hat sich die Post zu Schaffhausen noch nicht geäussert, da die Analyse über unsere Stadt noch nicht vorliegt. Allerdings lässt sich aus der am 26. April 2001 präsentierten Studie über die Stadt Zürich ableiten, was auf uns zukommt. Von den heute 46 Stadtzürcher Poststellen werden 22 geschlossen. Neun Poststellen werden an attraktiven Standorten neu zu eröffnen sein. Durch die Neuausrichtung des Netzes werden 30 Vollzeitstellen abgebaut. Die Post möchte alles unternehmen, um Entlassungen zu vermeiden.

Frage 2:

Der Stadtrat hat in seinen bisherigen Aktivitäten vor allem darauf gesetzt, der Post die volkswirtschaftliche Bedeutung ihrer Dienstleistungen im Besonderen in Randregionen und wirtschaftlichen Wachstumsgebieten bewusst zu machen. Mit dem Inkrafttreten der Bilateralen Verträge werden die Zentren der Grenzkantone eine erhöhte Bedeutung bei der Erbringung der verschiedensten postalischen Dienstleistungen erlangen. Nachdem Schaffhausen neben Konstanz/Kreuzlingen und Basel der bedeutendste Korridor des Wirtschaftsraums Zürich in die EU ist, müssten vor allem Potentialabschätzungen über die zukünftige Rolle unserer Stadt eine zentrale Bedeutung bei der Festlegung des neuen Poststellennetzes erhalten. Der Stadtrat hat deshalb nach Bekanntwerden der Zürcher Studie am 27. April 2001 der Konzernleitung der Post angeboten, dass das städtische Planungsbüro an der Erstellung mitarbeiten kann. Insbesondere haben wir auf die bevorstehende Bau- und Zonenplanrevision verwiesen und darauf, dass die Stadt Schaffhausen im Gegensatz zum Grossraum Zürich über sehr günstige Wohn-, Industrie- und Gewerbe-Immobilien verfügt. Dieses Wachstumspotential muss aus der Sicht des Stadtrates in der bevorstehenden Studie besonders gewichtet werden. Die Schnelllebigkeit unserer Zeit und die immer grössere Flexibilität im Dienstleistungssektor lassen eine auf Vergangenheitsfaktoren aufgebaute Marktanalyse als nicht unbedingt zukunftsweisende Massnahme erscheinen. Die Post hat auf unser Schreiben am 9. Mai 2001 das Angebot zur Mitarbeit generell angenommen und uns zugesichert, dass die skizzierten Entwicklungstendenzen Eingang in die Analyse des Poststellennetzes finden werden.

Das Schreiben wurde an die Region Nordost mit der entsprechenden Weisung weitergeleitet. Ich muss Ihnen allerdings auch sagen, dass konkrete Schritte zum Einbezug des Planungsamtes in diese Studie, d. h. eine konkrete Nachfrage seitens der Post noch nicht erfolgt sind.

Frage 3:

Der Stadtrat wird sich gegen allfällige Schliessungen von Poststellen wehren, wenn keine Alternativlösungen aufgrund neuer Impulse in der Wirtschaftsentwicklung in unserer Stadt angeboten werden. Allerdings macht eine Opposition gegen Schliessungspläne nur Sinn, wenn die Benutzungsdaten und die Potentialabschätzung auch tatsächlich die Aufrechterhaltung der Poststelle rechtfertigen. Bis zum Beweis des Gegenteils ist der Stadtrat der Auffassung, dass die Stadt Schaffhausen im Gegensatz zu anderen Städten im Mittelland und vor allem grösseren Städten keineswegs "overposted" ist. Deswegen habe ich mich auch nochmals an die Konzernleitung der Post gewandt, nachdem auf den letzten Fahrplanwechsel verschiedene Öffnungszeiten in kleineren Poststellen geändert wurden und auch die Bedienung der Postfächer zu einem späteren Zeitpunkt als bisher erfolgte. Ich habe mir erlaubt, nach den Gründen zu fragen, die Verantwortlichkeiten abzuklären und kritische Bemerkungen über die Datenrelevanz für die in Aussicht genommene Studie zu machen. In einem Schreiben vom 10. Juli 2001 nimmt die Konzernleitung der Post dazu Stellung und versichert, dass keine Entscheide in Stadtnetzen ohne vorherige Absprache mit den politischen Behörden getroffen werden sollen. Im Einzelnen wurden von der Post die Fragen, die ich damals gestellt habe, wie folgt beantwortet:

Frage 1 bezüglich Verschiebungen der Öffnungszeiten. Antwort: "Anfang Juni wurden in Schaffhausen nur die Öffnungszeiten der Poststelle Schaffhausen 2 Unterstadt angepasst. Diese Änderung haben wir aufgrund der rückläufigen Kundenfrequenzen vorgenommen. Zudem haben wir im Mai 2001 die Kunden dieser Poststelle über ihre Bedürfnisse zu den Öffnungszeiten befragt. Die Kundschaft hat einer Änderung mehrheitlich zugestimmt. Der Fahrplanwechsel hat jeweils grossen Einfluss auf die betrieblichen Abläufe der Post. Im Fall von Schaffhausen wird die Briefpost nun später als bisher angeliefert. Die Briefe gelangen somit auch später in die Postfächer. Wir versichern Ihnen aber, dass wir unser Leistungsangebot – die Zustellung der A-Post ins Postfach bis 07.30 Uhr – auch in Zukunft einhalten werden."

Frage 2, wer für die Änderung dieser Öffnungszeiten verantwortlich sei. Antwort: "Sie werden verstehen, dass ich als Mitglied der Konzernleitung nicht über jeden operativen Entscheid informiert sein kann. Für die vorgenommenen Änderungen bei den Öffnungszeiten der Poststelle Schaffhausen 2 ist der Leiter des Marktgebietes Schaffhausen verantwortlich."

Frage 3 bezüglich veränderten Öffnungszeiten, verändertem Kundenverhalten, wenig tauglichen Aussagen für die Studie Poststellen. Antwort: "Ich halte fest, dass es sich bei jeder Änderung von Öffnungszeiten um eine Anpassung an die Kundenfrequenzen und -bedürfnisse handelt. Diese Anpassungen haben keinen Einfluss auf die Ergebnisse der wissenschaftlichen Studie zum Stadtnetz Schaffhausen. Die Studie wird Aussagen über die Standortattraktivität einer aktuellen oder neuen Poststelle ermöglichen."

Lokale Begebenheiten einer Poststelle und ihrer Umgebung werden erst bei der Umsetzung der Studie relevant. Das zukünftige Stadtnetz werden wir mit Ihnen und Gewerkschaftsvertretern erarbeiten."

Frage 4 bezüglich statistischen Benutzerwerten vor Abbau der Öffnungszeiten.
Antwort: "Wir führen bei unseren Poststellen regelmässige Erhebungen der Kundenfrequenzen durch. Poststellen mit Ticketsystem erhalten eine tägliche Statistik über die Anzahl Kundenkontakte. Auf die wissenschaftliche Studie haben diese Messungen, wie bereits erwähnt, keinen Einfluss."

Schlussbemerkungen

Wie Sie aus den oben erwähnten Ausführungen ableiten können, ist der Stadtrat entschlossen, sich die im Aufbruch befindliche Schaffhauser Wirtschaftsförderung und die Standortattraktivität nicht durch einen undifferenzierten Abbau an postalischen Dienstleistungen verderben zu lassen. Nachdem sich die Post durch ihren Rückzug vom Projekt Bahnhof West und die Bevorzugung anderer Standorte gegenüber der Stadt Schaffhausen alles andere als investitionsfreudig gezeigt hat, ist es an der Zeit, die Rolle der Stadt als regionales Wirtschaftszentrum im grenzüberschreitenden Raum Weinland-Hegau auch in Bern klar zu machen. Der Stadtrat hält nichts von den Rückzugsszenarien, mit denen er in den vergangenen Jahren regelmässig durch die Post konfrontiert wurde. Er wird daher vor allem auf die Erhaltung möglichst guter Postdienstleistungen in Schaffhausen pochen und scheut sich nicht davor, dies auch öffentlich zu kommunizieren. Indessen ist er dabei auch auf die Unterstützung der Poststellenbenutzerinnen und -benutzer und die öffentliche Meinung angewiesen. Nur so kann verhindert werden, dass die Post in der Entwicklung unserer Stadt einmal mehr negative Spuren hinterlässt."

Peter Käppler (SP) beantragt Diskussion. Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Peter Käppler (SP) Votum *

"Das Ziel der SP, den "Service public" aufrecht zu erhalten, bedeutet nicht, dass wir Heimatschutz für staatliche Einrichtungen betreiben möchten. Doch Poststellen gehören zu den Quartieren, deren Substanz und Entwicklung uns auch am Herzen liegen muss. In vielen Quartieren ist die gefährdete Poststelle aber nur ein weiterer Indikator für den sich abzeichnenden Verlust an Einrichtungen und Läden, welche für das Quartierleben auch wichtig sind

Auch innerhalb der Stadt stellen wir ein verändertes KonsumentInnenverhalten fest. Im Quartier wird immer mehr nur gewohnt, die Besorgungen werden in der Altstadt oder im Shoppingcenter auf der grünen Wiese gemacht. Für die Freizeitgestaltung werden sowieso andere Orte besucht.

Beispiel Quartier Niklausen: keine Beiz mehr, nur noch einen Laden, früher: Metzgerei, Bäckerei, Drogerie, Milchladen, 2 Restaurants... .

Ähnlich sieht es im Quartier Beispiel Geissberg/Hochstrasse aus. In beiden Quartieren hat es (vorläufig) noch eine Poststelle.

Es ist irgendwie logisch, dass die Benutzerfrequenzen in den Poststellen rückgängig sind, wenn die Quartiere ihre "Zentrumsfunktion" für ihre BewohnerInnen verloren haben. Wer zum Einkaufen in die Stadt muss, geht dann auch nicht in die Quartierpost, was dort zu einem Rückgang der Frequenz führt und die Existenz gefährdet.

Ich erachte es deshalb als unabdingbar, dass sich die Stadt vermehrt die Förderung der Quartiere in seine Ziele schreibt.

Treffpunkte und Zentren in den Quartieren fördern das Zusammenleben und die Integration der BewohnerInnen. Sie beugen unpersönlichen Quartieren vor, welche neue soziale Probleme schaffen.

Es ist wichtig, dass wir nicht nur auf die Probleme in der Altstadt schauen und die Quartiere vergessen. Sicher möchte ich die Probleme der Altstadt nicht negieren, aber wir dürfen dabei einfach nicht vergessen, dass die Lebensqualität in den Quartieren genau so bedeutend ist.

Mit staatlicher Hilfe alleine lässt sich das Leben im Quartieren jedoch nicht erhalten. Es braucht auch die Bereitschaft der Bewohnerinnen und Bewohner, in ihren Läden und ihrer Post einzukaufen, sonst können diese nicht überleben.

Vielleicht noch ein paar Bemerkungen zur politischen Sicht der Poststellen-Entwicklung. Die Entwicklung in den Quartieren ist das eine, das andere sind die Folgen der Aufsplitterung der Post in die verschiedenen Unternehmen, die alle ihren eigenen Leistungsauftrag haben. Jeder Teil muss für sich selbst rentieren

Was auf den ersten Blick toll aussieht, hat eben die Folgen, dass Quersubventionen nicht mehr möglich sind und jeder Unternehmensteil für sich allein die günstigsten Lösungen sucht. Beispiel Paketpost - Ausrichtung auf die Grosskunden mit Abholservice, was bei den einzelnen Poststellen an Umsatz wieder fehlt und diese gefährdet. Ein anderes Beispiel ist die Abspaltung der Swisscom, wodurch viele kleine Poststellen dieses Zusatzverdienstes verlustig gingen.

Es ist halt schon so, dass von der Bürgerlichen auf der einen Seite die unbedingte unternehmerische Freiheit der Post gefordert wird, andererseits werden ihr Fesseln angelegt; so kürzlich, als entschieden wurde, keine Postbank zuzulassen, wie das sonst in Europa überall üblich ist, was der Post eine Verbesserung der finanziellen Situation ermöglicht hätte und evtl. auch der Erhaltung der Poststellen dienlich gewesen wäre.

Bea Hauser hat in ihrer Begründung gesagt, dass die Post allein entscheiden wird, wie viele Poststellen erhalten bleiben. Das ist so. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir bei allen öffentlichen Betrieben, die wir in die Privatwirtschaft entlassen, nachher weniger zu sagen haben und den parlamentarischen Einfluss verlieren werden."

Rolf Amstad (SP) Votum

"Der neueste Rationalisierungsentscheid der Schweizerischen Post ist bestürzend. Wo bleibt da der viel gepriesene "Service public", der sich bislang durch die Nähe zu seinen Benutzern ausgezeichnet hat? Ein kollektives Gut, das über Jahre gewachsen ist, wird jetzt ganz einfach von den obersten Topmanagern liquidiert.

Die Post ist jedoch nicht irgend ein privates Unternehmen, sondern ein Kommunikationsmittel, das ein menschliches Grundbedürfnis abdeckt. Die Postämter sind für viele Menschen ein Treffpunkt und erfüllen eine wichtige soziale Funktion. In einer Welt, deren Inhalt nur noch die Gewinnmaximierung zu sein scheint, kann ein kurzes Gespräch oder eine nette Begrüssung heilsam sein.

Und gerade in ländlichen Gebieten, aber auch in den Quartieren unserer Stadt schenkt man dieser ureigensten Art der Kommunikation noch sehr grosse Beachtung.

Der Abbau des Poststellennetzes wird zu einer Verhärtung der Beziehung zwischen der Konzernleitung und dem Personal und zu grossen Unsicherheiten bezüglich der Arbeitsplätze führen. Menschen sind keine Maschinen - diese Tatsache kann und wird sich auch auf die Qualität der Dienstleistungen auswirken.

Ich meine, dass der Stadtrat hier nicht einfach tatenlos zusehen darf und bei den obersten Damen und Herren der Schweizerischen Post intervenieren muss, zumindest sollte er es versuchen. Andere Städte machen es uns nämlich vor, so zum Beispiel der Zürcher Stadtrat, der sich gegen den Abbau von Poststellen und - man höre - sich sogar für eine bestmögliche Versorgung der Stadt mit Postfilialen einsetzt. Ebenso will man im Bündnerland den Abbau von rund 70 % der Poststellen nicht einfach hinnehmen. Ein überparteiliches Komitee hat hier sogar eine Petition lanciert, die fordert, dass ein flächendeckendes Poststellennetz eingeführt oder eben das Vorhandene beibehalten wird.

Da in unserer Stadt ebenfalls - vor allem kleinere Poststellen - wegrationalisiert werden sollen, fordere auch ich wie erwähnt den Stadtrat auf, bei der Post zu intervenieren und die angekündigten Schliessungen von Poststellen auf Stadtgebiet zu bekämpfen. Ich denke, dies sind wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern schuldig. Danke."

Walter Hotz (FDP)

Votum *

"Der Abbau von Poststellen hat nicht nur in diesem Saal eine intensive Diskussion über den Service public ausgelöst, sondern auch im ganzen Land insbesondere in den ländlichen Gegenden. Dabei wird häufig verkannt, daß die Post den Gesetzesauftrag hat, im ganzen Land minimale Dienstleistungen zu gleichen Preisen anzubieten. Sie hat keinen Auftrag, landesweit für Arbeitsplätze und Poststellen zu sorgen. Auf Grund des immer größer werdenden Wettbewerbs im Postbereich kann sie diese nicht mehr im bisherigen Ausmaß finanzieren.

Die Post hat einen klaren Gesetzesauftrag, und die Proteste hier im Saal sind eigentlich erstaunlich, weil das eidg. Parlament erst vor vier Jahren der Post einen Leistungsauftrag erteilt hat. Artikel 2 des Postgesetzes vom 30. April 1997 lautet:

"Die Post erbringt einen ausreichenden Universaldienst, bestehend aus Dienstleistungen des Post- und Zahlungsverkehrs. Die Dienstleistungen des Postverkehrs umfassen die Annahme, die Abholung, den Transport und die Zustellung von Sendungen in der Regel an allen Werktagen, mindestens an fünf Tagen pro Woche.

Die Post gewährt den freien Zugang zu den Dienstleistungen des Universaldienstes. Dieser muß in allen Landesteilen nach gleichen Grundsätzen, in guter Qualität und zu angemessenen Preisen angeboten werden." Zitatende

Im Postgesetz und auch in der dazugehörenden Verordnung findet sich kein Wort über Poststellen oder andere Infrastruktur, sondern es werden nur die geforderten Dienstleistungen (der "Service public") umschrieben. Der Gesetzgeber hat bewußt darauf verzichtet, der Post vorzuschreiben, wie sie den "Service public" zu erbringen

hat. Das Gesetz verlangt zudem, daß die Preise für den "Service public" distanzunabhängig, aber insgesamt kostendeckend sein müssen.

Die Post hat nur noch einen minimalen Monopolbereich. Nämlich nur die Post darf adressierte Briefe und Pakete bis 2 kg befördern. Bei schwereren Paketen, Expresspost und im internationalen Verkehr herrscht Wettbewerb. Ich kann Ihnen aber versichern, daß angesichts der Entwicklung in der Europäischen Union auch dieses Monopol abbröckeln wird. Die EU wird sehr bald zu Recht verlangen, daß auch die Schweiz ihren Markt öffnet. Der Post wird dann nichts anderes übrig bleiben, als sich ebenfalls im attraktiven Export- und Importgeschäft von Grosskunden ihren Markt zu suchen.

Bedenken Sie auch, daß die Post anfangs der neunziger Jahre im Postbereich einen Verlust von 800 Millionen Franken ausgewiesen hat. Seit einigen Jahren ist die Post wieder in der Gewinnzone und erzielte im Jahre 2000 einen Gewinn von 118 Millionen Franken. Bei einem Umsatz von 6 Milliarden Franken entspricht dies einer Umsatzrendite von 2 Prozent. Um in weitere Geschäftsfelder zu expandieren und um in neue Technologien zu investieren, genügen diese Gewinne kaum. Wie und wo die Post ihre Leistungen erbringt, das müssen wir der Post selbst überlassen. Auf jeden Fall darf es nicht mehr zu diesen enormen Verlusten kommen. Die gewünschten Leistungen können nämlich auch von privaten Anbietern erbracht werden. Nur müssen diese von der Bevölkerung genutzt werden, auch dann, wenn sie vielleicht etwas teurer sind."

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin Votum

"Ich möchte noch etwas ergänzen zu den Ausführungen von Herrn GrSR Hotz. Sicher hat die Post einen begrenzten Auftrag. Aber man darf nicht vergessen, dass die Reduktion auch zum Ausschluss all jener führen kann, die nicht im überquellenden E-Mail-Verkehr mithalten können. Manchmal habe ich den Eindruck, wir "NormalbriefschreiberInnen" seien überhaupt nicht mehr gewünscht, sondern es sollte eigentlich alles via Internet abgewickelt werden.

Die Post hat nämlich auch einen gemeinwirtschaftlichen Auftrag. Ich denke z.B. an den Versand von Zeitungen; dieser ist wohl in einer Demokratie eine unabdingbare Voraussetzung zu deren Funktionieren. Sicher werden auch Private diese Aufgabe übernehmen. Aber wenn dies dann viel teurer wird für die Auftraggeber, dann können alle die kleinen Zeitungen und Zeitschriften, welche in dieser Demokratie einen wertvollen Beitrag leisten, vielleicht nicht mehr mithalten. Das kann nicht unser Ziel sein. Damit möchte ich nur ein Beispiel erwähnen, wo diese Privatisierung hinführen kann. Aber ich bin überzeugt, es hat noch weitere Konsequenzen."

Bea Hauser (SP) Schlusswort der Interpellantin

"Ich danke dem Stadtpräsidenten für seine ausführliche Antwort. Die Stellungnahmen der Postverantwortlichen auf die Briefe des SR haben gezeigt, wie kaltschnäuzig die Post geworden ist, und wie sie nicht mehr bereit ist, die Grundversorgung zu gewährleisten. Ich bin wirklich die Allerletzte, mit der man nicht über das Problem reden könnte. Aber käme es z.B. einer Geschäftsinhaberin in der Altstadt in den Sinn, eine halbe Stunde später zu öffnen, nur weil sie von 8.30 - 9.00 Uhr wenig Kundschaft hat? Das ist eine falsche Politik. Wenn die Öffnungszeiten reduziert werden, kommen weniger Leute.

Wenn wir von freiem Wettbewerb reden, Herr Hotz, dann muss ich Ihnen sagen: Ich bin für den freien Wettbewerb. Aber dann würde ich den SR oder jemand im Kanton auffordern, uns von der Deutschen Post eine Offerte unterbreiten zu lassen. Vielleicht kann die Deutsche Post die Gemeinden des Kantons Schaffhausen besser bedienen als die Schweizerische Post. Aber das möchte ich dann hören, wenn die Deutsche Post die Post ausliefert. Ich höre dann Leute aus gewissen Kreisen nach dem Schweizer Kreuz schreien - siehe Swissair, meine Damen und Herren.

Was die privaten Anbieter betrifft, so gibt es bereits solche Kurierdienste. Aber es herrschen dort z.T. katastrophale Zustände: langsamer, teurer, unzuverlässiger. Das ist für mich keine Alternative. Ich würde lieber eine 10-Rp. Marke mehr auf den Brief kleben, damit die Grundversorgung durch die Post weiterhin gewährleistet bleibt. Bezüglich des Zeitungs-Versandes hat sich Iren Eichenberger geäußert. Da hat die Post den Zeitungsherausgebern in den letzten Jahren mit den steigenden Preisen die Kehle zugeschnürt. Diese Kosten können nicht vollständig auf die LeserInnen überwältzt werden.

Ich bin froh, wenn der Stadtrat am Ball bleibt; ich sehe dies am entschlossenen Blick des Stadtpräsidenten an. Es ist auch gut, dass wir uns einmal über dieses Problem unterhalten konnten. Es wird noch schlimmer kommen mit den Poststellen in Schaffhausen. Sie werden noch an meine Wort denken. Ich danke Ihnen."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Ich danke Ihnen für die Stellungnahmen z.H. des Stadtrates. Ich möchte kurz eintreten auf das Votum von Walter Hotz. Er hat korrekt aus dem Leistungsauftrag der Post zitiert. Es ist so, dass der SR auf diesen Leistungsauftrag keinerlei Einfluss hatte. Auch das Parlament hatte mit Leistungsaufträgen aus der Zeit der ersten Privatisierungswelle keine Erfahrung. Wahrscheinlich wäre der Leistungsauftrag bezüglich der sog. gemeinwirtschaftlichen Aufgaben der Post etwas detaillierter ausgefallen. Dies zeigt auch die Bewegung im eidg. Parlament, wo sowohl im National- als auch im Ständerat entsprechende Wünsche laut geworden sind, diesen Leistungsauftrag zu erweitern.

Die Post ist ein Bundesbetrieb. Auch wenn man noch so entschlossen ist, ist es als Stadt- oder Gemeindepräsident schwierig, auf den Leistungsauftrag Einfluss zu nehmen, wenn man nicht gleichzeitig Mitglied des NR ist - wie damals W. Bringolf. Diese Zeiten sind jedoch vorbei. Es wäre jedoch nicht schlecht, wenn diese Zeiten wieder einmal kommen würden, vor allem für Randstädte, für Städte um die Region Schweiz herum, die nicht zu den Gebieten gehören, die schon im Zentrum des Interesses der Wirtschaftsförderung des Bundes stehen. Wenn man weiss, wie eloquent und gut die Walliser ihre Randgebiete durch bundespolitische Vorstösse flankieren, so kann man dies nur bewundern. Die Walliser machen das hervorragend. Da kann ich nur Tränen bekommen, was die alles in die Gebirgskantonsförderung einbauen können. Das finde ich grossartig. Bei uns bleibt von den Bundesprojekten vielleicht noch die Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken. Darauf kommen wir bei der Motion Hablützel noch zu sprechen.

Die Post ist wie gesagt ein Bundesbetrieb. Unsere Möglichkeiten sind beschränkt, aber wir werden sie nutzen, nach dem Motto: Ihr habt zwar keine Chance, aber die wollen wir nutzen... .

Peter Kämpfer hat darauf hingewiesen, dass sich das Konsumentenverhalten verändert hat. Das ist richtig. Es gibt weniger Auslastung von den Leuten, welche elektronische Medien verwenden, wenn sie sich mit ihren Adressaten herumschlagen müssen. Aber die Stadt kann in der Quartierförderung ein Gegengewicht setzen durch die Wirtschaftsförderung. Darin sind wir erfolgreich. Schauen Sie, was der SR in den letzten 10 - 12 Jahren in den Quartieren alles gemacht hat: Zündelgut, Kreuzgut, die Altersheime, die wir im Baurecht abgegeben haben - La Résidence, der Spar-Bau mit dem Lebensmittelgeschäft in Herblingen, das Granatenbaumgut, die Einrichtung von Tempo 30-Zonen, Investitionen in Spielplätze, Verbesserung des Wohnumfeldes im Budget 2002 mit einem Betrag, wo kleine Aktivitäten in den Quartieren ermöglicht werden. Denken Sie an den Dreispitz, an die Sportanlage im Schweizersbild und an all die Investitionen, die wir gemacht haben, die im Grunde zu einer Verschuldung der Stadt geführt haben, welche etwa gleich gross ist, wie diejenige des Kantons. Ich wäre froh, wenn der Kanton eine ähnliche Politik bei den Investitionen jetzt einschlagen würde. Aber das ist ein Thema, das wir in einem anderen Gremium im selben Saal abhandeln müssen.

Die Post wird ein Dauerthema bleiben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Wirtschaftsförderung als zentrales Argument für den Zukunftsstandort Schaffhausen bei der Post eine Berücksichtigung findet. Es ist unsinnig, eine Analyse mit dem Rückspiegel zu machen. Man muss auf das Potential einer Stadt schauen. Da haben wir auf Grund der bilateralen Verträgen wirklich eine Chance."

Wilhelm Hefti (SP)

Votum

"Es freut mich, Herr Stadtpräsident, Ihre Aussagen zur Post und zum "Service Public" anzuhören. Ich hoffe nur, dass dieses Bekenntnis nicht eine Eintagsfliege ist, sondern dass Sie auch die notwendigen Mittel, die dazu gebraucht werden, zur Verfügung stellen, wenn es um die Erhaltung von Poststellen geht. Ich bitte Sie, als Beweis dafür die am 28. August gestartete Initiative "Postdienste für alle" zu unterschreiben, und wenn es zur Abstimmung kommt, dann auch noch zu Ihrem Entschluss zu stehen. Damit kann man nämlich auch Wirtschaftsförderung betreiben, die jedoch nicht gratis ist."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 INTERPELLATION Andres Bächtold (SP) **"Verlotterte Gebäude sind auch Schulden"**

Andres Bächtold (SP)

Begründung *

"Die Stadt hat Geldschulden und wird sich, wie auch der aktuelle Finanzplan zeigt, weiter verschulden. Das ist zwar unschön, aber immerhin bekannt, da diese Form der Schulden in der städtischen Rechnung offen ausgewiesen werden und deshalb auch regelmässig Anlass zu Diskussionen geben. Ebenfalls bekannt, aber nicht belegt, ist der vernachlässigte Unterhalt von Infrastruktureinrichtungen, da dieser eben nicht in der Bilanz erscheint. Da Bauwerke jedoch dem Alterungsprozess unterworfen sind, müssen diese unterhalten werden, andernfalls verlieren sie an Wert. Natürlich kann man solche Arbeiten ein paar Jahre aufschieben, aber das wird jetzt schon viel zu lange getan. Inzwischen hat sich, so ist jedenfalls zu vermuten, ein gewaltiger Nachholbedarf aufgestaut. Obwohl dieser nirgends beziffert ist, muss, wer

ehrlich ist, zugeben: das sind ebenfalls Schulden, welche allenfalls die kommende Generation begleichen muss.

Schäden an Bauwerken haben die üble Eigenschaft, dass sie sich mit der Zeit vergrössern. Die Behebung in einem frühen Stadium kostet meist wenig, doch innert weniger Jahre können sich die Sanierungskosten vervielfachen. Die Folgen sind deshalb schlimmer als bei Geldschulden und kommen die Steuerzahlenden früher oder später teuer zu stehen. Verlotterte Gebäude haben aber auch negative Auswirkungen im Bereich Standortmarketing und in der Beurteilung der Kreditwürdigkeit einer Kommune, was zunehmend bedeutungsvoller wird. Der Stadtpräsident hat das in letzter Zeit wiederholt beklagt, indem er z.B. in diesem Rat das Fischerhäuserquartier mit Zuständen der ehemaligen DDR verglichen hat. In diesem Zusammenhang kann natürlich auch der marode Dorfkern von Herblingen angeführt werden. Selbst wenn das vor allem private Liegenschaftsbesitzer betrifft, gilt halt auch hier, dass die Stadt bei den eigenen Liegenschaften mit dem guten Beispiel vorangehen muss.

Die, angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt vordergründig einleuchtenden Budgetkürzungen im Bereich Gebäudeunterhalt zeugen deshalb weder von grossem Sachverstand noch von Weitsicht. Aber die Angst vor roten Zahlen oder einem angeblich zu hohen Steuerfuss ist beim Stadtrat - und beim Parlament - offensichtlich grösser als vor Rissen im Beton. Obwohl sich die Verwaltung bemüht, Schäden einzugrenzen und insbesondere Folgeschäden zu vermeiden, sind allen Anwesenden genügend Beispiele von «verlotterten» Gebäuden bekannt. Ich kann mich damit begnügen, die in letzter Zeit in diesem Rat debattierten Fälle in Erinnerung zu rufen: Fussballstadion, Kindergärten, dann aber auch die Turnhalle Buchthalen, deren offensichtlich unaufschiebbare Sanierung dank der starken Buchthalerlobby in diesem Rat kurzerhand wieder ins Budget aufgenommen wurde, obwohl sie vorher zugunsten einer andern Investition, und um eben das Budget im Griff zu behalten, gestrichen wurde. Die Liste könnte vermutlich beliebig verlängert werden. Ich erinnere mich jedenfalls gut an den Mittwoch nach der letztjährigen Budgetdebatte. Ich traf einen Mitarbeiter des Hochbauamtes, welcher, ausgerüstet mit einem Feldstecher, das Dach des Stadttheaters begutachtete, um Schäden festzustellen und zu analysieren, was sozusagen als Notmassnahmen zur Verhinderung von Folgeschäden unternommen werden könnte oder müsste. Offenbar war der Budgetbetrag für eine dringende Sanierung bereits aus dem Rohbudget gekippt worden. Das wurde nicht korrigiert, da wir erstens davon keine Kenntnis hatten, und da das Stadttheater zweitens nicht in Buchthalen steht. Vor einer Woche sah ich nun einen Spengler, welcher sich am Stadttheaterdach zu schaffen machte. Offenbar ist in irgend einer Kasse doch noch etwas Geld gefunden worden. Geldmangel für notwendigen Gebäudeunterhalt ist aber selbstverständlich kein Schaffhauser Phänomen. Wie letzte Woche bekannt wurde, wird zur Zeit das Bundeshaus mit einem Gerüst versehen, um Passanten und Besucher vor herabstürzenden Steinen zu schützen. Geld für die offenbar dringende Sanierung soll dann im übernächsten Jahr vorhanden sein!

In der ersten Version dieser Interpellationsbegründung, welche ich optimistischerweise bereits vor drei Monaten vorbereitet hatte, wollte ich an dieser Stelle auch auf Probleme mit mangelhaftem Unterhalt von Tiefbauten hinweisen: so unter anderem auf die Rietstrasse, welche durch rücksichtsvolle Bus-Chauffeusen und -Chauffeure nur noch im Schrittempo befahren wird, um infolge der vielen

Unebenheiten die Sicherheit der Passagiere nicht zu gefährden. Nach meinen Ferien in Italien habe ich diesen Abschnitt gestrichen, einerseits um Ihre Geduld nicht zu sehr zu strapazieren, und da andererseits selbst unser lausigstes Quartiersträsschen in besserem Zustand ist als eine italienische Autobahn. Aus aktuellem Anlass muss ich jetzt wieder darauf zurück kommen. Heute vor zwei Wochen ist eine Wassertransportleitung in der Spitalstrasse geborsten, die Reparaturarbeiten sind noch im Gange. Das kann natürlich immer passieren, ist vielleicht unvorhersehbar. Nur, die Leitung wurde zu einer Zeit verlegt, als sich vielleicht ein paar Pferdefuhrwerke hinter den Bahndamm verirrt. Heute ist die Spitalstrasse eine der meist befahrenen innerstädtische Strassen, welche auch Lastwagen, Busse usw. zu verkraften hat. Dass eine Leitung keine "Lust" hat, einer solchen Belastung ewig Stand zu halten, ist vielleicht doch nicht ganz so unvorhersehbar. Da die Erneuerung einer grossen Transportleitung vermutlich teuer ist, wurde eventuell zu lange gewartet oder eben die Prioritäten anders gesetzt. Die Folgeschäden werden sich in diesem Fall in Grenzen halten, anders wäre das, wenn das Leck z.B. an der Hintersteig aufgetreten wäre.

In diesem Zusammenhang habe ich aber auch aus gut unterrichteter Quelle erfahren, dass der Stadtingenieur als eigentlicher Bauverhinderer gilt. Das natürlich nicht wegen seiner Person, sondern in seiner Funktion als Verwalter eines unterdotierten Budgets. Die dringende Erneuerung von Werkleitungen, welche die Werke problemlos finanzieren könnten, wird offenbar laufend zurückgestellt, da dem Tiefbauamt die Mittel für die gleichzeitige Erneuerung der Kanalisation und für die notwendigen Strassenbauarbeiten fehlen. Vernachlässigte Instandhaltung betrifft also Hoch- und Tiefbau gleichermassen. Trotzdem werde ich mich im Folgenden insbesondere mit Gebäuden, wie das auch der Titel meiner Interpellation besagt, befassen.

Mit diesem Vorstoss spreche ich kein spektakuläres oder neues Thema an, trotzdem ist er aktuell. Das Budget 2002 liegt vor. Es weist, trotz diverser Tricks zur Aufbesserung, ein Defizit aus. Dass da der Bereich Instandhaltung der Infrastruktur auf dem absoluten Minimum bleibt, ist offensichtlich. So existiert z.B., trotz erkanntem dringendem Handlungsbedarf, das Konto Kindergärten in der Investitionsrechnung schon gar nicht mehr und taucht erst im Finanzplan - mit bescheidenen Jahrestrenchen - wieder auf. Als ich diese Begründung Mitte August zum ersten Mal vorbereitete, war der Stadtrat mit dem Rohbudget beschäftigt, und wie die Tauben vom - hoffentlich dichten - Stadthausdach gurrten, musste dieses auch in diesem Jahr mit dem ganz dicken Rotstift auf Kurs getrimmt werden. Ich nehme an, dass ich mit der Vermutung, dass bereits in diesem Stadium auch wieder Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten auf der Strecke bleiben, nicht daneben liege.

Trotzdem schlägt der Stadtrat eine Steuersenkung vor. Das sollte unserer Meinung nach aber nur ernsthaft in Erwägung gezogen werden, wenn der aktuelle Wert der Infrastruktureinrichtungen bekannt und daraus abgeleitet die Sicherstellung der Werthaltigkeit des investierten Volksvermögens garantiert ist. Dass das Thema aktuell ist, zeigt auch das fast zeitgleich, aber wie Sie mir ohne weiteres abkaufen werden, völlig unabhängig eingereichte Postulat mit der gleichen Stossrichtung der SVP-Kantonsrätin Annelies Keller im Grossen Rat. Auch sie möchte unter Anderem wissen, ob allenfalls die vernachlässigte Instandhaltung der Infrastruktur auf Kosten kommender Generationen geht.

Da der Kantonsrat offenbar schneller ist, wurde das Postulat bereits am 13. August behandelt und mit grosser Mehrheit, erstaunlicherweise gegen den Widerstand des Regierungsrates, überwiesen.

Nun aber zu meinen Fragen im Einzelnen:

Die Stadt besitzt eine Vielzahl von Liegenschaften, welche sie grösstenteils zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Dazu zählen sicher Gebäude für Bildung, Wohlfahrt, Kultur, Sport, Verwaltung, Betriebe, Werke usw. Dazu kommen weitere Liegenschaften, welche zur Erfüllung der Kernaufgaben vielleicht nicht zwingend nötig wären, aber aus sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen oder andern Gründen ins Portefeuille der Stadt gelangten und sinnvollerweise auch dort bleiben. Alle diese Liegenschaften müssen unterhalten werden und, damit sie auch tatsächlich den sich laufend ändernden Bedürfnissen zu genügen vermögen, darüber hinaus bei Bedarf erneuert bzw. durch Standardanpassungen à jour gehalten werden. Dazu gehören auch energetische Sanierungen und Optimierungen, zu welchen die Energiestadt Schaffhausen eigentlich verpflichtet ist. Das braucht Geld, vermutlich eben viel Geld.

An der letzten Ratssitzung vor den Sommerferien hat der Stadtpräsident ausgeführt, dass die städtische Infrastruktur alle 20 Jahre saniert werden muss, was ca. 5% des Wertes sämtlicher Gebäude und Infrastruktureinrichtungen usw. entspräche. Der Regierungsrat geht in der Beantwortung des erwähnten Postulats von lediglich einem Prozent aus, realistisch wären vielleicht 2.5%. Da kann man allenfalls geteilter Meinung sein, die Frage ist aber, ob dem Stadtrat die Basis, also der aktuelle Wert, bekannt ist und ob daraus der Investitionsbedarf für Unterhalt, Erneuerung und Standardanpassungen mindestens für die nächsten 10 Jahre abgeleitet werden kann. Es ist davon auszugehen, dass, wie beim Kanton auch, dem Stadtrat diese Grundlagen fehlen, er also erstaunlicherweise keinen Überblick über das in Infrastrukturanlagen gebundene Vermögen hat. Dass das ein unhaltbarer Mangel ist, hat auch der Stadtpräsident erkannt, und sich in seiner Funktion als Kantonsrat folgerichtig für die Überweisung des Postulats Keller engagiert. Gleichzeitig hat er signalisiert, dass die Stadt gewillt ist, diesen Mangel zu beheben, um im Falle von notwendigen Belehnungen die richtigen Auskünfte betr. Kreditwürdigkeit geben zu können. Die richtige und aktuelle Bewertung bzw. ein vollständiges Inventar der städtischen Infrastruktur würde es aber eben auch ermöglichen, den Bedarf an Mitteln für die Instandhaltung korrekt und transparent zu ermitteln und darzulegen. Das gäbe uns immerhin die Möglichkeit, Finanzplan und Budget jeweils in Kenntnis der Fakten zu prüfen und die vorgesehenen Beträge für Instandhaltung auch bezüglich Priorisierung zu beurteilen.

Die zweite Frage, ob der Stadtrat der Auffassung sei, dass der Liegenschaftenbestand sowohl in kaufmännischer als auch in technischer Hinsicht genügend professionell bewirtschaftet werde, kann natürlich als rhetorisches Geplänkel interpretiert werden. Wie ich eingangs darzulegen versuchte, besteht das komplexe Gebiet des Gebäudeunterhalts im Wesentlichen aus diesen zwei Teilbereichen. Dabei ist es denkbar, dass ein Gebäude je nach Sichtweise ganz anders beurteilt wird. Ich gehe ohne weiteres davon aus, dass die Bauverwaltung in der Lage ist, an sich den technischen Gebäudeunterhalt professionell zu planen. Das hilft aber wenig, wenn vorgesehene und als notwendig - oder sogar als dringend notwendig - erachtete Sanierungsmassnahmen durch die im buchhalterischen Bereich zweifellos ebenso professionell arbeitende Finanzverwaltung bereits in

einem frühen Stadium aus dem Budget gekippt werden, da eventuell die Prioritäten in der Finanzplanung anders gesetzt werden als in der Bauplanung. Die Professionalität für die optimale Bewirtschaftung des Liegenschaftenbestandes verlangt von den SachbearbeiterInnen im technischen bzw. kaufmännischen Bereich deshalb ein hohes Mass an Kenntnis des jeweils anderen Bereichs und die Bereitschaft für interdisziplinäre Zusammenarbeit und Kommunikation. Oder eine dazwischen geschaltete Koordinationsstelle, darauf komme ich aber bei den nächsten Fragen noch detaillierter zurück.

Mit der dritten Frage wird die langfristige Planung des Raumbedarfs angesprochen, das Gebiet der eigentlichen Gebäude-Instandhaltung also verlassen oder zumindest ausgedehnt. Mir scheint es jedoch wichtig, dass parallel zur technischen und budgetmässigen Planung von Instandhaltungsmassnahmen auch Erneuerungen und Standardanpassungen bzw. Neubeschaffungen oder mögliche Abgänge frühzeitig erfasst werden. Die Instandhaltung bzw. Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften soll schliesslich nicht Selbstzweck sondern das Mittel sein, die für die Erfüllung der vorgegebenen Aufgaben notwendigen Räumlichkeiten optimal und auf die Nutzerbedürfnisse abgestimmt zur Verfügung zu stellen. Dazu sind entsprechende mittel- und langfristig angelegte Planungsinstrumente unumgänglich.

Es werden also weitere Abteilungen in die Liegenschaftsbewirtschaftung involviert werden müssen, ich denke da z.B. an den Personaldienst, das Planungsamt, die Schulverwaltung usw. Die Liegenschaftsverwaltung wird da in Zukunft wesentlich stärker gefordert und auf die aktive und konstruktive Mitarbeit zahlreicher Verwaltungsabteilungen angewiesen sein. Im Zusammenhang mit den WOV-Pilotabteilungen wurde bereits manifest, dass über Wert und Qualität des zur Verfügung stehenden Raumangebotes diskutiert werden muss - und auch diskutiert wird.

Damit komme ich zum vierten und wesentlichen Punkt der Interpellation, welcher die Quintessenz aus dem bisher Gesagten ist. Die Instandhaltung auch im Sinne der Werterhaltung des investierten Volksvermögens sollte, wie eingangs dargestellt, aus verschiedenen Gründen eine Selbstverständlichkeit sein. Diese Forderung war im August zumindest auch im Kantonsrat unumstritten. Die Bewirtschaftung von Liegenschaften muss immer nach wirtschaftlichen und insbesondere auch auf die Bedürfnisse der NutzerInnen ausgerichteten Gesichtspunkten geschehen. Noch ist zu wenigen Betreibern von Immobilien bewusst, dass 85% der Lebenszykluskosten eines Gebäudes in der Nutzungsphase anfallen. Ineffizientes Betreiben und Verwalten verursacht also unnötig hohe Kosten und bindet erhebliche Ressourcen. Es ist deshalb für die Stadt, als mindestens regional gesehen sehr grosse Liegenschaftenbesitzerin mit einem ausserordentlich vielfältigen Portefeuille, notwendig und auch rentabel, allenfalls brach liegende Potentiale auszuschöpfen. Es ist deshalb angezeigt, die notwendigen Daten über Liegenschaftenbestand und -Zustand, aktuelle und künftige Raumbedürfnisse, aber gleichermassen auch Bedürfnisse nach Betriebsmitteln usw. zentral zu sammeln und auf dem neusten Stand zu halten. Das erfordert aber eine Vernetzung der involvierten Abteilungen, worauf ich mit dieser Frage abziele. Das Sammeln von Daten allein hilft natürlich nichts, sie müssen aufbereitet und analysiert werden und letztendlich budgetwirksame Handlungen auslösen. Gleichzeitig sind sie natürlich das Instrument für die mittel- und langfristige technische und kaufmännische Planung einerseits der Gebäude-Instandhaltung im Sinne auch der Werterhaltung und andererseits der zur

Erfüllung der kommunalen Aufgaben erforderlichen Räume und Betriebsmittel, und zwar in Menge und Qualität. Gleichzeitig schaffen solche Daten Transparenz und sind geeignet, uns neugierige Parlamentarier und Parlamentarierinnen die Informationen zu liefern, welche für die Beurteilung von Budgetpositionen notwendig sind. Die Stelle, welche im Zentrum des Datennetzes sitzt und damit für die professionelle Gebäudebewirtschaftung zuständig ist, heisst dann neudeutsch Facility Management.

Facility Management, kurz FM, schafft durch integrale Planung, Kontrolle und Bewirtschaftung eine verbesserte Nutzungsqualität und Kapitalrentabilität, indem nach Aussage von Fachleuten Kostensenkungen bis zu 30% möglich sind. FM beginnt sich deshalb, als Begriff und Instrument für professionelle Gebäudebewirtschaftung, in der Privatwirtschaft bzw. bei privaten Liegenschaftenverwaltungen zu etablieren. Es ist in kurzer Zeit eine neue Berufsgattung entstanden, es werden bereits eine Vielzahl von Studiengängen und Computerprogrammen angeboten. Die Verknüpfung mit entsprechendem Energiemanagement gewährleistet zudem den rationellen Einsatz von Energie, was die Stadtkasse ebenfalls und die Umwelt sowieso freuen wird. Da ein effizientes Facility- und Energiemanagement einerseits intime Kenntnisse des Liegenschaftsbestandes und der Nutzerstruktur erfordert, und andererseits den Entscheidungsträgern jederzeit die erforderlichen Daten und Grundlagen liefern und beratend zur Verfügung stehen muss, wäre das am ehesten mit einer Stabstelle im Baureferat zu bewerkstelligen.

Mit meiner letzten Frage möchte ich also den Stadtrat anregen, sich mit Facility- und Energiemanagement zu befassen, sofern er das noch nicht getan hat, und zumindest durch die Vernetzung der involvierten Verwaltungsabteilungen die Voraussetzungen für die notwendige Datenerhebung zu schaffen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, freue mich darauf zu hören, was der Stadtrat zu diesem vielschichtigen Thema meint und erwarte anschliessend eine anregende Diskussion."

Stadtrat Kurt Schönberger Antwort des Stadtrates *

"Der Liegenschaftsbestand der Stadt Schaffhausen umfasst insgesamt 493 Gebäude mit einem Gebäudeversicherungswert von total Fr. 637'515'000.--.

Die Liegenschaften sind nach ihrem Verwendungszweck unterteilt in:

- Liegenschaften des Finanzvermögens
- Liegenschaften des Verwaltungsvermögens.

Im Finanzvermögen sind folgende Liegenschaften enthalten:

- Wohn- und Geschäftshäuser
inkl. Ladenlokale und Restaurants
- Landwirtschaftliche Pachtbetriebe

sowie

- Baurechte
- unbebaute Grundstücke.

Die Gebäudeversicherungssumme per 1. Jan. 2001 (Neuwertversicherung 840 Pkt.) betrug für die 122 Liegenschaften in dieser Kategorie Fr. 107'813'000.--.

Zu einzelnen Positionen des Verwaltungsvermögens habe ich Ihnen über den Ratsweibel eine Zusammenstellung austeilen lassen, die Ihnen einen detaillierten Einblick vermittelt.

Im Verwaltungsvermögen sind enthalten:

- | | | |
|--|------------|--------------------|
| - Verwaltungsgebäude | 16 Objekte | Fr. 40'260'000.-- |
| inkl. der Sonderschulen seit 2001 (Fr. 11'241'000) | | |
| - Öffentliche Gebäude | 68 Objekte | Fr. 122'283'000.-- |
| Museen, Kirchen, hist. Objekte, Magazine | | |
| - Schulen und Turnhallen | 62 Objekte | Fr. 177'819'000.-- |
| inkl. Musikschulen und Nebeneinrichtungen | | |
| - Fürsorgewesen | 15 Objekte | Fr. 76'605'000.-- |
| Altersheime, Jugendheim, Kinderkrippe etc. | | |
| - Forst- und Güterverwaltung | 26 Objekte | Fr. 2'243'000.-- |
| Forstgebäude, Wald- und Schutzhütten | | |
| - Friedhofverwaltung und Stadtgärtnerei | 23 Objekte | Fr. 12'143'000.-- |
| Betriebsgebäude, Abdankungshalle, Magazine | | |
| - Feuerwehr | 1 Objekt | Fr. 8'975'000.-- |
| Feuerwehrzentrum Bachstrasse 70 | | |
| - Verkehrsbetriebe | 70 Objekte | Fr. 10'748'000.-- |
| Busdepot Tanscherhalde sowie Buswartehallen | | |
| - Zivilschutz | 11 Objekte | Fr. 15'625'000.-- |
| Schutzbauten | | |
| - Gas- und Wasserwerk | 29 Objekte | Fr. 37'784'000.-- |
| Pumpengebäude, Reservoirs, Büro- und Lagergebäude | | |
| - Elektrizitätswerk | 50 Objekte | Fr. 25'217'000.-- |
| Betriebsgebäude, Unterwerke, Trafostationen etc. | | |

Der Gebäudeversicherungswert für diese 371 Liegenschaften im Verwaltungsvermögen betrug per 1. Jan. 2001 (Neuwertversicherung 840 Pkt.) Fr. 529'702'000.--.

Die Liegenschaftenverwaltung erstellt per 1. Jan. jeweils ein detailliertes Gebäudeverzeichnis nach Massgabe der vorgenannten Gebäudekategorien.

Aufgaben der Liegenschaftenverwaltung

Die Liegenschaftenverwaltung ist beim Bau- und Umweltreferat integriert, sie ist Teil des Bausekretariates und untersteht damit auch dem direkten Einfluss des Referenten. Dem Bausekretär obliegt dabei die strategische Ebene der Immobilienverwaltung (also Nutzungsplanung/Wirtschaftsförderung/ spezielle Baurechte/Restaurationsbetriebe, etc.), der Liegenschaftenverwalter ist für Baurechte, Pachten, Vermietungen und die eigentliche Verwaltung zuständig.

Mit dem Reorganisationsmodell für Hochbauamt und Bausekretariat - die entsprechende Vorlage des Stadtrates vom 7. März 2000 wurde vom Grossen Stadtrat jedoch abgelehnt - wurde angestrebt, ein ganzheitliches Immobilienbewirtschaftungs-System (Facility Management) einzuführen. Dies hatte ein näheres Zusammenführen von Liegenschaftenverwaltung und Gebäudeunterhalt zum Ziel.

Im Wesentlichen umfasst das städtische Immobilien-Management folgende Aspekte:

- In der Stadt Schaffhausen werden die Objekte des Finanz- und Verwaltungsvermögens grösstenteils durch das Bau- und Umweltreferat verwaltet.
- Eine Ausnahme bilden die Städtischen Werke, bedingt durch die überwiegend technischen Belange, welche weitgehend autonom gelöst werden.
- Die Instandstellungsmassnahmen der Miethäuser, Verwaltungsgebäude, Öffentlichen Gebäude und Schulhäuser werden vom Baureferat erfasst und budgetiert.
- Für die Belange weiterer Abteilungen steht das Hochbauamt als Dienstleister zur Verfügung (Beispiele Altersheime, Stadtgärtnerei etc.).
- Bei Mieter- und PächterInnenwechsel zeichnet die Liegenschaftenverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Gebäudeunterhalt für notwendige Standardanpassungen verantwortlich.
- Grundsätzlich sind Raumbedürfnisse durch die Benutzer (Besteller) zu definieren, dem Baureferat kommt die Rolle der Umsetzer (Ersteller) zu.

Ausblick

Der Stadtrat hat in seinen Legislaturzielen 2001 - 2004 definiert:

- Der Liegenschaftenbestand ist zu überprüfen, wo kein Bedarf besteht, sollen Objekte abgegeben werden (Baurecht und Verkauf).
- Die Liegenschaftenverwaltung soll als Profitcenter mit Leistungsauftrag definiert werden (Entscheidungsgrundlagen für die Exekutive).

- Langfristiges Sanierungsprogramm für die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens.

Im Hinblick auf die Einführung von WOV müssen die zu Büro Zwecken und Magazinen genutzten Liegenschaften mit "kalkulatorischen Mieten" erfasst und belastet werden.

Die im Finanzvermögen stehenden Liegenschaften sind von der Liegenschaftsverwaltung auf die erwirtschafteten Renditen hin zu überprüfen.

Angesichts der Bedeutung der Immobilien sowie der knapper werdenden Mittel für den Gebäudeunterhalt sowie die Gebäudeerneuerung besteht die Notwendigkeit, ein Facility Management einzuführen. In Anbetracht der grossen Vielfalt der Liegenschaften wird dies nach Prioritäten erfolgen.

Schlüsselfaktoren einer Immobilienbewirtschaftung sind:

- Der Lebenszyklus eines Gebäudes
- Die Nutzungs- und Betriebskosten pro Jahr
- Eine optimale Unterhalts- und Erneuerungsplanung

Zu den einzelnen Fragen der Interpellation:

1. *Ist der Stadtrat in der Lage, die in den nächsten 10 Jahren zu erwarteten Kosten für Unterhalt, Erneuerung und Standardanpassungen sämtlicher städtischer Liegenschaften zu beziffern?*

Die statistischen Unterlagen fehlen heute, um die Frage mit Ja oder Nein beantworten zu können. Tatsache ist, dass die Beträge für den Gebäudeunterhalt seit Jahren auf tiefem Niveau gehalten werden. Im Budget wird für den Gebäudeunterhalt bei den Bemerkungen jeweils die Prozentzahl im Vergleich zur Gebäudeversicherungssumme genannt. Doch der Vergleich ist mit Vorsicht zu geniessen, die Aufwendungen über separate Budgetpositionen und a.o. Aufwand sind dabei nicht berücksichtigt.

Für Schulhäuser und Kindergärten bestehen Sanierungsprogramme sowohl für den baulichen als auch den energetischen Teil. Die Investitionsprogramme des Stadtrates berücksichtigen die Anforderungen weitgehend (für den Zeitraum von 5 Jahren).

Je höher der Technisierungsgrad einer Baute ist, desto höher ist der Erneuerungsbedarf. Beispiele sind die KSS und die Altersheime. Für gewisse Gebäudekategorien wäre die Äufnung eines Erneuerungsfonds angezeigt und auch wünschbar.

2. *Ist der Stadtrat der Auffassung, dass der Liegenschaftenbestand sowohl in kaufmännischer als auch in technischer Hinsicht genügend professionell bewirtschaftet wird?*

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Immobilienbewirtschaftung unter Berücksichtigung der vorhandenen finanziellen Mittel genügend professionell wahrgenommen wird.

Nachholbedarf besteht indessen in der systematischen Erfassung des Erneuerungsbedarfes sowie in der langfristigen Finanzplanung. Diese Problemstellung wurde erkannt und bei den Legislaturzielen berücksichtigt.

Einen ersten Schritt in Richtung "Facility Management" hat der Stadtrat bereits getan indem er zu Lasten der Rechnung 2001 einen Nachtragskredit bewilligte, zur Anschaffung eines Software-Paketes zur Optimierung der Liegenschaften-Bewirtschaftung. Die renommierte Firma Basler + Hofmann hat ein Programm namens "Stratus" entwickelt, das es erlaubt, statistische Angaben von Gebäuden (Alter, Zustand, Nutzung, Versicherungswert, Ertrag, etc.) zu erfassen und daraus Aussagen über die bauliche Werterhaltung der Gebäude abzuleiten. "Stratus" ist ein strategisches Instrument, welches einen Überblick über den Zustand der vorhandenen Gebäude vermittelt, sowie Grundlagen für Sanierungsprogramme und Betriebsoptimierungen aufzeigt und schlussendlich Transparenz schafft. Das Programm ist bei kommunalen wie privaten Immobilienverwaltungen gut eingeführt und ermöglicht letztlich auch die direkte Vergleichbarkeit, das Benchmarking.

Dieses Software-Paket ist gewählt worden, um gemeinsam mit dem Kanton eine diesbezügliche Lösung zu realisieren. Insbesondere möchten wir auch die Schulung gemeinsam durchführen.

Die Baurechtsaktionen bestehender Liegenschaften wie die Baurechtspolitik für Gewerbeland beurteilt der Stadtrat als sehr positiv. Generell besteht die Auffassung, dass nicht mehr benötigte Liegenschaften vermehrt auch verkauft werden müssen. In technischer Hinsicht hat die Stadt Schaffhausen in den 80-er Jahren betreffend Energiepolitik vor allem bei den Schulhäusern eine Vorreiterrolle innegehabt.

3. Verfügt der Stadtrat über ein mittel- und langfristig angelegtes Instrument zur Planung der Raumbedürfnisse für sämtliche Verwaltungsabteilungen inkl. Schulen, Kindergärten, Heime usw.?

Bisher wurden Bedarfsabklärungen über die einzelnen Referate abgedeckt. Die letzte Altersheimplanung z.B. hat zur Sanierung des Hauses am Kirchhofplatz und Huus Emmersberg und zum Verzicht auf den Neubau Artilleriestrasse geführt. Das Resultat der Schulraumplanung führte zum Entscheid einer Sanierung der Schule Steig und einem geplanten Erweiterungsbau Breite.

Als Instrument stehen heute neben den Bedarfsmeldungen der einzelnen Verwaltungsabteilungen sowie dem Gebäudeverzeichnis insbesondere das Investitionsprogramm zur Verfügung, welches jährlich durch die einzelnen Referate alimentiert wird. Der Stadtrat ist der Auffassung, dass dieser pragmatische Weg den Verhältnissen der Stadt angemessen ist. Gesamtkonzepte sind erfahrungsgemäss störungsanfällig. Als Beispiel sei die Einführung der Informatik in den Schulen erwähnt, welche selbst in einem zeitlich überschaubaren Investitionsprogramm zu Verschiebungen eines festgelegten Sanierungsprogrammes geführt hat.

4. Sind die mit Liegenschaftenverwaltung und -Unterhalt befassten Verwaltungs-Abteilungen genügend vernetzt, um ein wirksames Facility- und Energie-Management garantieren?

Die Einführung eines Facility Managements bedingt die Einführung zusätzlicher EDV Mittel. Für die Einführung eines integralen Gebäudemanagements müssen sorgfältige Abklärungen getroffen werden.

Zum heutigen Zeitpunkt kann darüber deshalb nicht abschliessend orientiert werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Liegenschaftenverwaltung und Gebäudeunterhalt ist bereits heute koordiniert. Dies wird auch untermauert durch die Tatsache, dass der Liegenschaftenverwalter neu im Werkhof, also neben der Unterhaltsabteilung des Hochbauamtes angesiedelt wurde. Die Einführung eines Facility Managements ist eine mittelfristige Aufgabe und bedingt eine Vielzahl von Vorarbeiten wie die Digitalisierung des Gebäudebestandes sowie eine genaue Kostenerfassung der Einzelpositionen.

Der Stadtrat hat die Interpellation zum Anlass genommen, einerseits einen Überblick über den Liegenschaftenbestand zu geben, und andererseits über die heutige Organisation der Liegenschaftenverwaltung zu orientieren.

Die Methodik von Facility Management ist in den letzten Jahren entstanden und wurde von professionellen Immobilienbewirtschaftern verfeinert. Im Rahmen des Legislaturzieles "Sanierungsprogramm Verwaltungsliegenschaften" wird der Stadtrat den Grossen Stadtrat über konkrete Massnahmen orientieren.

Abschliessend darf der Stadtrat festhalten, dass mit der in den letzten Jahren konsequent und erfolgreich durchgeführten Baurechtspolitik die Anzahl der "verlotterten" städtischen Gebäude wesentlich abgenommen hat und sich, nach der beabsichtigten Baurechtsabgabe des Wagenareals, auf einige wenige Liegenschaften (zum Beispiel das Stadthausgeviert und das Granatenbaumgut) beschränkt.

Soweit meine Antwort.

Ich habe mir noch einige Stichworte aufgeschrieben.

Der Motionär hat ausgeführt, dass sich ein Sanierungsbedarf aufgestaut habe. Ich habe mir spontan einige Sachen aufgeschrieben, woraus Sie ersehen können, dass in den letzten Jahren doch einiges passiert ist in Bezug auf die Instandstellung, Instandhaltung und auch Strukturverbesserungen von städt. Liegenschaften. Sie haben den Dorfkern Herblingen angezogen. Es sind in der Tat private Liegenschaften. Wir haben 1997 Hand zum Abbruch der verlotterten städt. Liegenschaft Trüllenbuck 80 geboten.

Wir haben das Fussball-Stadion aufgegriffen mit dem Antrag des SR an den GrSR, dieses im Baurecht abzugeben. Hier hat man später einen anderen Weg gewählt. Für die Kindergärten ist im Investitionsprogramm ab 2003 jedes Jahr eine Tranche vorgesehen. Bekanntlich sind Kredite, welche eine Volksabstimmung zu passieren haben, nicht im Budget enthalten. Die Absicht des SR mit Bezug auf die Kindergärten haben wir Ihnen kommuniziert.

Die Turnhalle Buchthalen wurde vorweg genommen. Der GrSR ist anlässlich der Beratung des Budget 2001 in einer Blitzaktion dem Antrag der Buchthaler Vertreter gefolgt.

Sie wissen, dass das Konventhaus am Platz saniert wurde und von einem Schandfleck zu einem Bijou umgestaltet werden konnte. Beim dahinter liegenden

Stadthaus-Gviert nehmen wir 2002 wieder ein Anlauf mit einer ersten Tranche im Budget 2002.

Dann darf ich Sie an unsere Baurechts-Offensiven 1995 und 2000 erinnern. Beim Korn- und Haberhaus haben wir mit Privaten Lösungen erarbeiten können, so dass verlotterte Gebäude saniert und einer neuen Nutzung zugeführt werden. Ich möchte mich an dieser Stelle bei diesen privaten Investoren für ihr Engagement bedanken.

Das Theater-Restaurant wurde ebenfalls teilsaniert (Fassade).

Weiter dürfen wir feststellen, dass in allen Budgets immer wieder Tranchen für Schulhäuser enthalten sind. Beim Schulhaus Gräfler kommt jedes Jahr eine Tranche in einem 6-stelligen Betrag. Aber auch andere Schulhäuser werden saniert; wir haben hier eine Prioritätenliste. Darunter figuriert auch das Steingut-Schulhaus, wo sich heute ein neunjähriger Schüler beim Sturz über das Treppengeländer schwere Verletzungen zugezogen hat.

Grundsätzlich darf man sagen, dass wir bei den Schulhäusern und bei den Altersheimen einen guten Ausbaustandard haben.

Der Interpellant hat in seiner Begründung auch den Tiefbau angesprochen und dessen Chef als "Bauverhinderer" in dem Sinne bezeichnet, als dieser zu wenig Geld für den Unterhalt zur Verfügung habe. Für den Unterhalt der Kanalisation würde die Stadt pro Jahr 2,5 - 3 Mio Franken benötigen. Aber auch hier muss man sich nach der Decke strecken. Wir haben im Tiefbauamt einen Kataster, aus welchem wir das Alter und den Zustand dieser Leitungen ersehen und eine Priorisierung hinsichtlich der Sanierung vornehmen können. Wir können hier hinter die Entscheide des SR stehen. Natürlich hätte man gerne mehr. Aber ich denke, dass mit den vorhandenen Geldern im Tiefbau gemacht wird, was verantwortet werden kann und muss.

Sie haben weiter von der Rietstrasse gesprochen. Diese ist im Budget 02 enthalten. Da machen wir etwas. Ich habe gedacht, dass Sie als Anwohner in der Breite von der Breitenaustrasse sprechen. Das ist eine Strasse, die dringend saniert werden sollte. Das wird immer wieder hinaus geschoben, weil andere Prioritäten gesetzt werden müssen.

Sie haben den Wasserleitungsbruch an der Spitalstrasse erwähnt. Für diese Kosten werden die Städtischen Werke aufkommen und nicht die Stadt. Selbstverständlich sind auch das Gelder, welche von der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Sie haben demnächst Gelegenheit, zum revidierten Wirtschaftsförderungs-Gesetz Stellung zu nehmen. Es geht um ein Standort-Marketing. Dieses Standort-Marketing beinhaltet auch die Absicht, mit Blick auf Liegenschaften und Bauland etwas unternehmen zu können. Wir haben im Budget 02 eine erste Tranche von 100'000 Franken eingesetzt mit dem Ziel, das Wohnungsumfeld zu verbessern. Es besteht die Absicht, liberaler zu werden mit Bezug auf Abbruchbewilligungen. Der SR hat gerade heute Morgen ein Abbruch-Gesuch und gleichzeitig einen Neubau an einem heiklen Standort in einem Quartier bewilligt. Sie werden diese Absicht auch in der Bauordnung und in der Zonenplan-Revision bemerken können.

Abschliessend möchte ich sagen, dass der heutige Zustand der städtischen Liegenschaften mit wenigen Ausnahmen nicht sehr schlecht ist, sondern dass wir unsere Aufgabe wahrgenommen haben, und dass wir die uns zur Verfügung stehenden Mittel haushälterisch eingesetzt haben und dies auch in Zukunft tun werden."

Urs Tanner (SP) beantragt Diskussion. Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Urs Tanner (SP) Votum

"Ich möchte eine Anschlussfrage zur Frage 4 des Interpellanten stellen - das Energie-Management betreffend. Wurde im SR schon einmal das Thema Energie-Contracting diskutiert, welches bereits verschiedene Schweizer Kommunen schon erfolgreich angewendet haben?"

Energie-Contracting heisst, dass die Stadt SH mit einem Vertrags-Partner ein Energie-Contracting abschliessen würde. Letzterer evaluiert über Dritte Sparpotential und schöpft dies auch aus. Finanziert wird der Vertragspartner aus der Einsparung an Energieausgaben. Dies ist eine klassische "Win-Win"-Situation."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Vielleicht zuerst ein Wort an GrSR Tanner. Das hat tatsächlich in Schaffhausen schon stattgefunden. Die Stadt Schaffhausen ist kapitalmässig mehrheitlich beteiligt an einer Pionier-Energiecontractingfirma in der Schweiz, und praktiziert dies seit einigen Jahren mit Erfolg auch in Zusammenarbeit mit der Energiewirtschaft. Damals waren Sie aber noch nicht in diesem Rat, als wir dies ganz gründlich durchgearbeitet und auch beschlossen haben.

Die Interpellation von GrSR Bächtold hat Fragen aufgeworfen, die tatsächlich aktuell sind. Er hat in seiner Begründung ausführlich dargelegt, wie er die Sache sieht, und hat auch Anregungen gemacht.

Herr SR Schönberger hat die Verwaltung der ganzen Liegenschaften in der Art, wie sie die Stadt jetzt praktiziert, beleuchtet. Mir fehlt etwas. So wie ich die Frage 1 des Interpellanten verstanden habe - man kann sie mit Ja oder Nein beantworten - zielt sie darauf ab, zu erfahren, was die Stadt für einen Investitionsbedarf in den nächsten 10 Jahren hat. Diese Zahl ist - so wie ich das verstanden habe - zur Zeit nicht vorzulegen. Die Frage bleibt deshalb, wie gross das Volumen des Investitionsbedarfs zur werterhaltenden Pflege und allenfalls Sanierung der städt. Liegenschaften und damit bedeutender Vermögensteile ist. Und auch die Frage bleibt, wo die dazu zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Budget sind. Sind diese ausreichend? Wenn Nein, wie entwertet sich dadurch der Liegenschaftenbestand bzw. die Umkehrfrage: Wie plant der SR, dies aufzuholen bzw. die Sanierung z.B. an Käufer oder Baurechtsnehmer zu übertragen? Mir hat diesbezüglich ein bisschen die städt. Politik in der Klarheit gefehlt. Allerdings hat aus der Äusserung von SR Schönberger durchgeschimmert, dass sich hier einmal auch eine grosse politische Frage stellt. Diese Frage stellt sich an die sozialdemokratische Seite. Wann seid Ihr endlich bereit, auch Verkäufe im Liegenschaftsbereich der Stadt zu unterstützen, und damit Unterhaltsfragen allenfalls geplant abzutreten bzw. Mittel zu generieren, um eine aktivere Liegenschaftspolitik zu realisieren? Hier ist ein Instrument, das wir gemeinsam zwischen Stadtrat und Parlament besser einsetzen könnten zum Nutzen aller und zur Entschärfung dieser hoch brisanten Frage der Wertverminderung des städtischen Vermögens."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Ich habe mich nicht wegen des Votums von Roland Schöttle gemeldet, aber da muss ich gleich eine Antwort geben, weil wir als SP-Fraktion angesprochen sind; es hat vielleicht noch andere Teile im Rat, die gleicher Meinung sind wie wir. Es ist nach wie vor so, dass wir nicht davon ausgehen, dass es unbedingt Sinn macht, Gebäude zu verkaufen. Da fließt einmal Geld und dann ist die Liegenschaft aber für immer weg. Das ist die Frage, ob dies mit Städteplanung etwas zu tun hat. Das haben wir in diesem Rat schon ausführlich diskutiert. Dies werden wir wieder diskutieren können, wenn sog. Offensiven im Raum stehen. Für mich ist der Verkauf eine kurzfristige Sache.

Ich habe mich gemeldet, weil ich die Antwort von SR Schönberger erwartungsgemäss nett fand. Es ist klar, dass der SR irgendwie sagen muss, dass er seine Aufgaben erfüllt. Für mich war es ein bisschen schön geredet. Es stimmt zwar, dass in den Schulhäusern viel gemacht wurde. Aber diese Gebäude sind einer hohen Nutzung unterworfen, es ändert vieles, so dass es dort laufend zu investieren gibt. Daneben gibt es auch Turnhallen. Nebst der Turnhalle Buchthalen, die jetzt glücklicherweise saniert wird, ist auch die grosse Turnhalle Emmersberg in einem katastrophalen Zustand. So sagen jene Leute, die Turnunterricht erteilen, diese Turnhalle sei gefährlich, eigentlich müsste man den Turnunterricht einstellen. Von der Bach-Turnhalle ist nicht zu sprechen. Diesbezüglich intervenierte vor Jahren ex GrSR Bruno Kesseli mit dem Hinweis, dass diese Turnhalle per sofort geschlossen werden müsste. Damals ging es auch noch um die dreckige Luft. Trotz der Tatsache, dass heute die Bachstrasse nicht mehr so stark befahren wird, ist die Luft heute wahrscheinlich nicht um so viel besser geworden. Aber auch diese Turnhalle ist in einem erschreckenden Zustand.

Bei den Kindergärten wundert mich sehr, dass erst 2003 etwas im Finanzplan aufscheint. Es wird sicherlich noch eine Projektierung stattfinden und eine Volksabstimmung dazu durchgeführt werden müssen. Ich bin auch sehr erstaunt, dass eine Doppelkindergarten-Baute jetzt plötzlich nur noch Fr. 750'000.-- kostet, nachdem jahrelang von 1 Mio Franken die Rede war. Es wird hier einiges zu diskutieren geben.

Ich denke, dass der Investitionsbedarf nach wie vor sehr hoch ist. Ich war mehrere Jahre in der GPK und bin nun seit 13 Jahren im Rat. Man hat eigentlich immer eingestehen müssen, dass man für den Gebäudeunterhalt zu wenig Geld einsetzen kann.

SR Schönberger hat die Legislaturziele erwähnt. Das ist schön und gut, doch wir bekommen dies nie in unsere Hände. Es handelt sich jedoch um Ziele und Vorgaben, welche nichts nützen, wenn sie nicht budgetwirksam werden. Es wurde auch der "Untergrund" angesprochen. Auch dort sind die Folgeschäden - die Hintersteig wurde erwähnt - durch ungenügenden Unterhalt ziemlich dramatisch.

Wir haben es schon anfangs dieses Jahres angetönt: Abgesehen vom Schuldenberg der Stadt sollten auch diese Sachen angeschaut werden, bevor wir zu Steuererleichterungen Hand bieten."

An dieser Stelle - es ist 18.00 Uhr - unterbricht der Ratspräsident die Sitzung für eine einstündige Pause.

PROTOKOLL

der **14./15.** Sitzung
vom Dienstag, 13. November 2001

2. Teil

ab 19.05 Uhr

Susanne Günter (FDP) Votum *

"Ich beschränke mich in meinen Ausführungen auf einem Aspekt des Problems, nämlich die (fehlenden) Mittel für den Gebäude-Unterhalt.

Der Interpellant hat mit dem Titel seiner Interpellation sehr recht. Ob alte oder neuere Gebäude, alle benötigen Unterhalt. Nur, das liebe Geld fehlt, oder besser gesagt, hier im Rat wird gespart, und dort gekürzt, wo es eben im Moment nicht so weh tut. Das werden wir dann bei der Budgetberatung wieder erleben.

Wir hätten ein Instrument, das dieser Entwicklung entgegen treten könnte - Roland Schöttle hat es bereits erwähnt - nämlich der **Verkauf von Baurechtsgrundstücken** - aber das fürchten die Linken wie der Teufel das Weihwasser! Schon einige Male in diesem Rat sind wir von der rechten Seite auf Granit gestossen bei der linken Seite, wenn wir mit dieser Forderung gekommen sind. Es hat genügend Interessenten, welche die im Baurecht übernommenen Liegenschaften sehr gerne kaufen würden. Die heutige Generation ist nicht mehr gewillt, sich mit so komplizierten Verträgen abzufinden, und wird sich eher für ein Grundstück und Haus im Eigentum entscheiden. Die meisten längerfristig und sorgfältig denkenden Personen wollen entweder Mieter bleiben, oder aber echte Eigentümer werden.

Negativ empfunden werden die Bestimmungen der Heimfallentschädigungen; diese sind mit 30 bis 60 % des dannzumaligen Verkehrswertes für den Baurechtsnehmer gleich null! Er hat nur das Leben lang Geld in die Liegenschaft "gebuttert", ohne im Nachgang gebührend dafür entschädigt zu werden. Dieses Problem wirkt sich besonders aus bei der Erbteilung, oder wenn der Baurechtsnehmer das Gebäude verkaufen möchte. Da sind ihm die Hände gebunden!

Warum nur müssen wir auf Baurechts-Liegenschaften hocken, die gerne von Privaten übernommen würden? Wir sollten heute in dieser Diskussion dem Stadtrat ein Zeichen geben, dass er mit interessierten Baurechtsnehmern unverzüglich Verhandlungen aufnehmen sollte über einen Verkauf der Baurechtsgrundstücke. Dies kann er jedoch nur tun, wenn er die Sicherheit hat, dass wir uns im Parlament einig sind und diese Entscheide auch gutheissen. Der Stadtrat kann ja nicht zu Baurechtsnehmern gehen und sich offenbaren, um dann vom Parlament ein "Niet" zu bekommen! Auf diese Weise - Verkauf von Baurechts-Grundstücken - hätten wir schon einen schönen Batzen für den Unterhalt der stadteigenen Bauten wie Schulen, Kindergärten und andere städtische Infrastruktur. Ueber den Stand der Verhandlungen sollte der Stadtrat dann dem Parlament jährlich Bericht und Antrag vorlegen, damit wir im Bilde sind, mit welchen Zahlen wir zu rechnen hätten.

Die Stadt würde mit diesen Massnahmen in die Zukunft investieren! Es ist nicht das Verscherbeln des Familiensilbers, sondern eine echte Investition. Interessierte Bürger und Bürgerinnen würden sich eher für den Kauf einer Liegenschaft interessieren und sich somit auch für den Standort Schaffhausen entscheiden - sprich neue ZuzügerInnen und neue SteuerzahlerInnen. Für kommerziell genutzte Parzellen oder Altstadt-Häuser ist ein Baurechtsvertrag durchaus sinnvoll, siehe Komhaus oder Haberhaus. Es hat jedoch unzählige Liegenschaften mit Baurechtsverträgen, die verkauft werden könnten. Die Stadt käme dadurch zu mehr Liquidität. Das wäre ein positives Signal für die Zukunft!"

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Ich melde mich zur Frage des Contracting. Urs Tanner hat diese Frage aufgeworfen. Sie sehen, wie bescheiden der Stadtrat ist. Wir hängen unsere Verdienste nicht immer so stark an die grosse Glocke. Etawatt ist eine Gründung des Stadtrates. Etawatt hat zum Ziel, Contracting-Modelle in eine anwendbare wirtschaftliche Form umzumünzen. Die Stadt ist an der Etawatt mehrheitlich beteiligt, wie GrSR R. Schöttle bereits gesagt hat. Die Gründung geht zurück auf eine Studie des Bundesamtes für Energiewirtschaft, mit welcher wir die Potentialabschätzung im Markt Schaffhausen bereits Mitte der 90iger-Jahre gemacht haben. Das war eine Aktivität innerhalb der Energiestadt Schaffhausen. Wir sind gesamtschweizerisch mit den Contracting-Modellen in der Öffentlichen Hand führend. Ich darf auch darauf hinweisen, dass die "Swiss City Power" darüber nachdenkt, dieses Contracting auch in anderen Städten einzuführen und sich dabei insbes. auf die Erfahrungen der Etawatt und der städt. Werke abstützen möchte, und wir möglicherweise zu einem Now-how-Zentrum für diese Contracting-Modelle werden.

Das ist nicht sehr einfach gewesen, weil der Kanton, der energiepolitisch auf unserem Gebiet auch etwas zu sagen hat, dieses Modell Contracting nicht unbedingt als gute Lösung angeschaut hat. Wir hatten diesbezüglich keine Unterstützung seitens des Kantons. Im Gegenteil, der Kanton hat mit dem Wärmeverbund Mühlental und dem Wärmeverbund zusammen mit dem Kantonsspital eine Konkurrenzfirma zur Etawatt auf den Platz gerufen. Diese Konkurrenzfirma hat vor wenigen Wochen ihren Geschäftssitz (AG) aus dem Kanton SH weg nach Winterthur verlegt. Das sind nicht besonders erfreuliche Aktivitäten, aber ich sage immer: Konkurrenz belebt das Geschäft. Ich bin froh, wenn die Konkurrenz solche Fehler macht."

Peter Möller (GB)

Votum

"Ich nehme die Aufforderung von Susanne Günter natürlich gerne auf, ein Zeichen zu geben. Ich wehre mich vehement gegen den Verkauf von Baurechts-Grundstücken, weil allfällige Verkaufserlöse daraus doch nur dazu dienen würden, der bürgerlichen Seite Begehrlichkeiten nach höheren Steuerfuss-Senkungen zu wecken. Dazu bin ich nicht bereit. Die übrigen Argumente, die für die Baurechte und gegen den Verkauf sprechen, die haben wir schon zur Genüge ausgetauscht. Wir werden diese wieder austauschen, wenn es wirklich um Vorlagen geht, wo etwas zum Verkauf ansteht."

Christian Hablützel (SP)

Votum

"Ich möchte mich auch zum Verkauf von "Tafelsilber" - einen Begriff, den wir immer wieder hören - äussern. Ich denke an zwei Dinge. Wenn eine Immobiliengesellschaft so schlecht gewirtschaftet hat, dass sie letztlich Gebäude verkaufen muss, um den laufenden Unterhalt des Restes zu bestreiten, dann würde man in der Privatwirtschaft den Geschäftsleiter entlassen. Das bedeutet: Rückblickend müssten wir, um diese Schritte zu machen, tatsächlich eine Art Bankrotterklärung der bisherigen Politik unterschreiben, müssten einen Sanierungsplan erstellen, und uns dann darüber unterhalten, wie wir kurzfristig Geld in die Kasse kriegen, um das in der Vergangenheit schlecht Gemachte aufzufangen, mit der zukünftigen Perspektive, nicht wieder in diese Falle zu tappen.

Das Zweite, was mir zu den Baurechten in den Sinn kommt: Die Baurechte bringen uns jährlich ca. 4% des Wertes an Zinsen herein. Das ist "nicht ohne". Mit diesem Geld können wir Liegenschaften unterhalten. Diese 4% fließen gesichert während

Jahren in die Stadtkasse, sofern nicht evtl. ein wild gewordenes Parlament eines Tages diesen "Cash" kurzfristig verspielt.

Ich möchte trotzdem zu den Verkäufen noch etwas sagen: Ich bin gerne bereit, in unserer Fraktion einmal die Diskussion zu starten, in welchen Fällen Verkäufe tatsächlich sinnvoll sind, um der Stadtkasse zu helfen. Das müsste dann tatsächlich in einem Gesamtpaket unter dem Aspekt "Sanierung einer schlechten Ausgangslage" laufen. Das dürfte nicht tröpfchenweise daher kommen. Ich möchte, dass Sie das zur Kenntnis nehmen; sie können mich darauf behaften."

Alfred Zollinger (SVP) Votum

"Den letzten Satz von Christian Hablützel habe ich gerne gehört. Ich werde auch gerne darauf zurück kommen.

Wenn wir den Finanzplan anschauen - dieser gibt die Richtung an, wie die Schere sich öffnet - so sind wir gezwungen, in irgend einer Weise etwas zu tun. Ich könnte mir im Zusammenhang mit Verkäufen auch ohne weiteres vorstellen, dass man einen Teil des Erlöses in einen Unterhalts-Fonds legt, und den anderen Teil nach Möglichkeit zum Abbau von Schulden verwenden würde; keinesfalls jedoch nur zur Verschönerung der laufenden Rechnung.

SR Schönberger hat zur Frage 4 bezüglich Facility-Programm ausgeführt, dass die Beschaffung der entsprechenden EDV-Software und die Schulung für Stadt und Kanton gemeinsam angegangen werde. Da stelle ich folgende Frage. Es gibt einen Massnahmen-Plan 91, wo auch die Zusammenlegung der beiden Liegenschaftenverwaltungen usw. ein Thema ist. Könnte dieser Schritt im Zusammenhang mit der Beschaffung dieser EDV nicht jetzt vollzogen werden?"

Josef Eugster (SVP) Votum

"Im Grunde ist die Diskussion, die wir hier führen, etwas schizophren, weil wir gar kein Geld haben, um Sanierungen vorzunehmen. Nahezu 100% der Steuereinnahmen gehen heute in die Besoldung der städt. Bediensteten!"

Thomas Hauser (FDP) Votum

"Es tönt schon so, als ob Schaffhausen das Armenhaus der Ostschweiz wäre und überhaupt nichts mehr investieren könnte. Zum einen investieren wir jetzt wieder viel Geld in die Sanierung der ARA Röti, und dies über einige Jahre.

Zum anderen haben wir vor ca. 5 Jahren gesagt, als es wirtschaftlich in unserer Region nicht gut ging, die Stadt soll sich antizyklisch verhalten und mehr beim baulichen Unterhalt und für Sanierungen investieren. Jetzt, wo es wirtschaftlich besser läuft, muss sich der SR wieder antizyklisch verhalten, und darf nicht mit der grossen Kelle investieren und sanieren. Die Politik muss schon einen logischen Ablauf haben."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich habe in meinem letzten Votum gefragt, wann die SP bereit sei. Ich stelle fest, die SP ist am 13. November 2001 bereit. Ich danke Christian Hablützel für das kleine Signal, Gespräche zu diesem Thema zu führen. Ich denke, man müsste wirklich weg von fundamentalen Grundhaltungen und in dieser Sache den Weg der Kooperation suchen, um in Schaffhausen eine differenziertere Baulandpolitik zu generieren.

Ich spreche nicht von "Tafelsilber" verschern. Wir sprechen auch nicht, Esther Bänziger, von "Verkaufen heisst, die Liegenschaft ist weg". Mit den Erträgen aus dem Verkauf dieser Liegenschaften kann in irgend einer vernünftigen Form eine aktive Landgeschäftspolitik betrieben werden. Darauf müssen wir uns ausrichten. Ich freue mich auf die Gespräche und die Anregungen von Eurer Seite."

Stadtrat Kurt Schönberger

"Ich versuche, auf die einzelnen Fragen jetzt einzugehen.

Es ist angeregt worden, man könne im Baureferat eine neue Stabsstelle ins Leben rufen, um sich dieser Problematik anzunehmen.

Alfred Zollinger hat gefragt, wie weit die Absichten des SR gediehen seien, die Liegenschaftenverwaltungen von Kanton und Stadt zusammen zu legen. Wir haben diesbezüglich Gespräche geführt mit dem Verwalter der Kant. Pensionskasse. Wir haben die Absicht, in Zukunft zusammen zu arbeiten. Es ist aber im Detail noch nicht so ausgereift, dass ich Ihnen im Moment mehr darüber sagen kann. Wir sind sehr daran interessiert, gemeinsam mit der Kant. PK und der kantonalen Liegenschaftenverwaltung hier eine Lösung zu finden.

Roland Schöttle hat die Frage gestellt nach dem Investitionsbedarf für bauliche Sanierung und Unterhalt für die nächsten 10 Jahre. Er hat weiter gefragt, ob die aus den Budgets zur Verfügung stehenden Mittel ausreichend seien. Da muss ich ganz klar sagen, die uns zur Verfügung stehenden Mittel sind nicht ausreichend. Wir würden etwa 2% des Vermögensbestandes für Unterhalt und Sanierung benötigen. Die zur Verfügung stehenden Mittel betragen knapp 1%. R. Schöttle hat weiter gefragt, wie der SR plant, dies aufzuholen. Ich habe Ihnen gesagt, dass im Programm des SR für die laufende Legislatur verschiedene Zielsetzungen formuliert sind. Wir haben gesagt, dass der Liegenschaftenbestand zu überprüfen ist, dass - wo kein eigener Bedarf besteht - Objekte abgegeben werden sollen. Es ist Musik in meinen Ohren, wenn hier Gesprächsbereitschaft signalisiert wird, dass man über diese Thematik gemeinsam diskutieren kann.

Alfred Zollinger hat den Massnahmen-Katalog aus dem Jahr 1991 angesprochen. Wir sind selbstverständlich nicht im Jahr 1991 stehen geblieben. Wir haben diesen Katalog erneuert und haben mit Blick auf die Entwicklung bei den Liegenschaften und Grundstücken Zielsetzungen (Stichwort Devestitionen) formuliert. Sie werden im Budget 2002 diesbezüglich eine Position sehen - die GPK ist bereits darauf gestossen. Der SR hat dem Baureferat den Auftrag gegeben, bestimmte entbehrliche Liegenschaften zu verkaufen. Das Baureferat wird dem SR zu Handen des GrSR eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

Noch eine Bemerkung zu den zur Verfügung stehenden Mitteln. Sie wissen - Thomas Hauser hat mir den Hinweis vorweg genommen - dass die Stadt während ca. 7 Jahren ein sehr grosses Investitionsvolumen umgesetzt hat - Grössenordnung 30 Mio Franken pro Jahr. Wir haben immer gesagt, nach diesen 7 "fetten" Jahren müssen wir diese Investitionen zurück fahren. Wir können in den nächsten Jahren ca. 7 Mio Franken pro Jahr investieren, wovon ca. 5 Mio für die Sanierung der Röti weggehen. Da bleibt uns nicht mehr viel Spielraum. Da müssen wir uns nach der Decke strecken. Ich habe kürzlich an einer Veranstaltung des Kantons zusammen mit dem Vorsteher des Baudepartementes öffentlich gesagt, die Stadt erwarte, dass sich der Kanton in der jetzigen Phase antizyklisch verhalte. Der Stadtpräsident hat auch

darauf hingewiesen. Es geht nicht an, dass sich der Kanton hinter einem Objekt versteckt - das war während Jahren die A4. Seither ist seitens des Kantons in Bezug auf die Investitionstätigkeit Null und nichts gelaufen.

Es wird der Stadt attestiert, dass sie sich in den vergangenen Jahren investitionsmässig vorbildlich antizyklisch verhalten hat. Es wird auch bestätigt, dass wir uns im Rahmen der Submissionsverordnung bemüht haben, das lokale Gewerbe zu berücksichtigen. Die Submissionsverordnung, welche nun seit ca. gut 2 Jahren in Kraft ist, hat sich sehr gut bewährt.

Es gibt im Zusammenhang mit der Beratung des Wirtschaftsförderungsgesetzes aus der SPK des Grossen Rates, der ich angehörte, ein Postulat, welches der Präsident dieser SPK, Ernst Gründler, zusammen mit den Kommissionsmitgliedern eingereicht hat, wo es um die sog. Bauland-Verflüssigung geht. Ich erlebte in meiner Fraktion im Grossen Rat, dass ich allein auf weiter Flur dastand. Aber ich unterstütze dieses Postulat, auch wenn meine Fraktionskollegen dagegen sind. Wir werden auf dieses Thema bei der Beratung der Bauordnung und des Zonenplans wieder zurück kommen und uns noch sehr ausführlich darüber unterhalten. Es wird immer von der öffentlichen Hand verlangt, man solle ein- oder umzonen usw., als ob wir weiss ich wie viel Land hätten, das wir so baureif machen könnten.

Esther Bänziger hat gesagt, ich hätte da schön geredet; ich finde dieses Kompliment nett. Sie hat jedoch nicht meine Ausdruckweise taxiert, sondern damit gemeint, ich hätte auf Schönfärberei gemacht. Das stimmt nicht. Ich habe die Zahlen vorhin genannt. Die Projektierung der Kindergärten ist im Moment in Arbeit. Wir legen dem Volk ein Gesamt-Projekt vor, welches im Verlaufe des Frühlings 02 zur Abstimmung gelangen wird. E. Bänziger hat auch davon gesprochen, dass der "Untergrund" in einem dramatischen Zustand sei. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir Ihnen vor einiger Zeit einen Schlussbericht über den Zustand des städt. Kanalisationsnetzes vorgelegt haben. Daraus ging hervor, dass zwar nicht das ganze Netz einen Superzustand aufweist, dass aber 70% der Leitung tiptop sind, und dass wir an den restlichen 30% arbeiten. Auch hier muss im Rahmen der jährlichen Budgets etappiert werden. Ich kann die Aussage von Esther Bänziger so nicht bestätigen.

Susanne Günter hat in ihrem Votum fast eine Motion begründet. Sie hat vom Verkauf von Baurechts-Liegenschaften und von Nachteilen der BaurechtsnehmerInnen gesprochen. Es gibt selbstverständlich auch Vorteile für die BaurechtsnehmerInnen. Ich komme darauf zurück; wir haben eine überwiesene Motion von Thomas Hauser pendent. Wir werden uns an einer der nächsten SR-Sitzungen über diesen Vorstoss und die Vorstellungen des Baureferates unterhalten. Man spricht in Zusammenhang mit Baurechten oft vom Basler Modell oder vom Frauenfelder Modell. Wir haben Vergleiche angestellt und werden Ihnen einen Vorschlag unterbreiten, worüber Sie sich dann unterhalten können.

Ich habe zum Schluss einige Vorschläge gehört, man könnte Erlöse aus dem Verkauf von Liegenschaften teilweise in einen Erneuerungsfonds o.ä. tun. Aber die Bestimmungen des sog. 12-Mio-Rahmenkredites lauten ganz klar, dass die Erlöse in diesen Kredit zurück fliessen müssen. Ob Gelder anders verwendet werden können, wenn gewisse Objekte explizit zum Zweck der Äufnung eines Liegenschaften-Rep. - und Sanierungs-Fonds verkauft werden möchten, ist juristisch abzuklären. Die Umgehung der Zweckbestimmung des Rahmenkredites ist wahrscheinlich nicht zulässig."

Andres Bächtold (SP) Schlusswort des Interpellanten

"Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und die angeregte Diskussion. Der SR, dem Baureferenten danke ich für die ausführliche Antwort. Sie hat mich nicht in allen Punkten zu befriedigen vermocht. Immerhin liegen jetzt die Anzahl und der Wert der Liegenschaften auf dem Tisch, aber die Zahlen brachten nicht das, was ich eigentlich möchte - nämlich den Zeit- und Zustandswert. Aus der Differenz könnte man vielleicht den Sanierungsbedarf ableiten. Klar geworden ist allerdings, dass wir trotz aller Bemühungen zu wenig tun für die Instandhaltung der Infrastruktur. Wir müssten nur für den Oberbau etwa zwischen 10 - 20 Mio Franken p.a. investieren. Davon sind wir weit entfernt. Der Tiefbau würde auch einen höheren Betrag erfordern. Die Antwort des SR, welche der Baureferent gegeben hat, war naturgemäss eher baulastig, obwohl meine Interpellation doch auch eine finanzpolitische Komponente hatte. Diese ist leider etwas zu kurz gekommen. Das spielt aber keine grosse Rolle, weil in der Diskussion vieles erklärt worden ist. Roland Schöttle hat den Kernpunkt eigentlich nochmals schön wiederholt. Vielleicht hören wir in nächster Zeit mehr auch bezüglich der Professionalisierung der Liegenschaftenverwaltung und bezüglich Facility Management, was ja zugesichert worden ist."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 INTERPELLATION Iren Eichenberger (OeBS)
"Jugendleitbild/Leistungsauftrag VSFZ"**Iren Eichenberger (OeBS)** Begründung *

"Die Geschäftsprüfungskommission der Legislatur 1996 - 2000 wurde von einigen Dauerbrennern begleitet, die jährlich regelmässig und dramatisch auf der Traktandenliste erschienen. So war jeweils kurz vor den Sommerferien das Projekt "Parkhaus Herrenacker" am Sterben, während vor Jahresschluss fast voraussagbar der VSFZ, Trägerverein der Jugend- und Freizeitzentren um's Überleben kämpfte.

Bekanntlich ruft nun Dramatik, die sich mit Regelmässigkeit wiederholt, nach Ursachenforschung und Korrekturmassnahmen.

Während das Parkhaus-Drama dank spontaner, privatwirtschaftlicher Initiative einen gnädigen Abschluss fand, dauert die Leidensgeschichte des VSFZ bis heute an. Es wäre nun aber naiv, analog zum Parkhaus auf das Auftauchen einer Generalunternehmung "Jugendarbeit" zu hoffen, die uns die Kastanien aus dem Feuer holt. Darum haben sowohl das Parlament als auch der damals zuständige Schulreferent bei der Budgetdebatte 99 ausdrücklich den Willen geäussert, dem Trauerspiel ein Ende zu setzen. Als Basis sollte bis Dezember 2000 ein Jugendleitbild erstellt und darauf gestützt ein Leistungsauftrag für den VSFZ formuliert werden. Dieser lebt nämlich seit dem Ausstieg namhafter Subventionsgeber - vor allem der Kirche und der Gemeinde Neuhausen - praktisch von der Hand in den Mund. Nebenbei bemerkt: die Kirche hatte ihren sukzessiven Rückzug seit Jahren angekündigt.

Die Mindereinnahmen führten im Jugendhaus und Jugendkeller im letzten Jahr zu massiven Stellenkürzungen, damit zu Verunsicherung und im Frühjahr 2000 praktisch zum Auszug des ganzen noch nicht gekündigten Teams.

Die ständige Blockierung und der mehrfache Wiederaufbau eines MitarbeiterInnen-Teams waren dem Betrieb bestimmt nicht förderlich. Auch die Beratungsstelle, die seit Jahren solide Beratungs-, Stützungs- und Präventionsarbeit leistet, ist alljährlich von Stellenkürzungen und damit von Leistungsabbau bedroht.

Ein verbindlicher Leistungsauftrag für den VSFZ war darum im Dezember 1999 aus Sicht des Parlamentes unbestritten nötig. Der Heimreferent vergab daher im Frühjahr 2000 den Auftrag zur Formulierung eines Jugendleitbildes und zum Entwurf eines Leistungsauftrages an eine gemischte Arbeitsgruppe unter fachlicher Leitung. Die Arbeitsgruppe brachte ihr Leitbild fristgemäss noch vor Weihnachten 2000 ein, kurz darnach, im Januar 2001, den Entwurf zum Leistungsauftrag. Seither warten die Interessierten gespannt auf die Veröffentlichung des Leitbildes und eine Vorlage des SR betreffend Leistungsauftrag. Ziel des "wirklich allerletzten" Überbrückungs-Kredites an den VSFZ war ja, das Überleben des Betriebes bis Mitte dieses Jahres zu sichern. Bis dahin sollte der Leistungsauftrag von allen Seiten abgesegnet sein. Auf diesen warten wir aber noch heute. Leider wartet übrigens auch die Arbeitsgruppe "Jugendarbeit", die bisher ohne Antwort blieb. Verlautbarungen zum Thema - sie waren tatsächlich laut und heftig - gab es in diesem Rat einzig am 8. Mai 2001, als der GPK Präsident Alfred Zollinger den VSFZ rügte. Der Verein hatte sich wohl oder übel angesichts der unsicheren Finanzlage von seinem vierten Bein, der Freizeitwerkstätte Dreispitz, getrennt. Die frühere GPK hatte übrigens seit eh und je für diese Loslösung plädiert.

Was aber ist nun mit dem Jugendleitbild? Der ganze Komplex der Jugendarbeit inklusive Freizeitangebot für 13 - 20-jährige Menschen gehört in einen festen Rahmen. Mit dem Kanton ist der Bedarf und die finanzielle Beteiligung an sozialen und pädagogischen Einrichtungen zu klären.

Ein Jugendleitbild muss alle einbeziehen, die "NormalverbraucherInnen", die Beratungs- und Massnahmenbedürftigen, die Discofreaks und Kinofans, MusikerInnen, SkaterInnen und KifferInnen, die Lindligemeinde und auch die BierverbraucherInnen - ich spreche ausschliesslich von den Jugendlichen.

Ein Modell Jugendleitbild müsste nun endlich auf den Tisch - das wäre somit nicht die Frage, als vielmehr die gewünschte Antwort zu Frage 1: *Wann wird das Jugendleitbild dem GrSR vorgestellt?*

Mein vordringliches Interesse aber gilt der Frage 2, die sinngemäss lautet:
Wenn schon eine beachtliche Verzögerung eingetreten ist und einmal mehr der VSFZ in der Zwickmühle steckt, wann endlich hört das Tappen im Ungewissen auf? Wie kommt der VSFZ, der in der viel beklagten Jugendarbeit eine zentrale Aufgabe hat, endlich zu einem verbindlichen Auftrag und zu einer gesicherten Finanzierung?

Dass Jugendliche in diesem Rat ein Thema sind, beweisen allein vier weitere Vorstösse, die im letzten Halbjahr eingegangen sind:

- Motion Rolf Amstad (SP) - Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen
- INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) - Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren
- INTERPELLATION Raphaël Rohner (FDP) -

Gewährleistung der öffentl. Sicherheit u. Schutz von Eigentum, welche durch den Leserbrief eines jugendlichen Opfers vom letzten Samstag zusätzliche Brisanz bekommen hat;

und

Christian Bächtold's Kleine Anfrage betr. Sporthallen, die bestimmt auch nicht das "Stöckliturnen" meinte.

Was ich vermisste, ist ein klares Bekenntnis der Politik zur Jugendarbeit, und eine Person im Stadtrat - übriges auch im Regierungsrat -, die dafür einsteht.

Wir sorgen uns selbstverständlich um die Wirtschaftsförderung, ja selbst die Stadt hat ihren "Viertel"-Wirtschaftsförderer, der sich dem Thema annimmt. Wer aber nimmt sich dem Thema Jugend an? Dabei wäre damit so gut zu punkten wie mit Familienpolitik, die alle von der SP, CVP und den Grünen bis zu den Bürgerlichen auf die Fahne geschrieben haben. Probleme gäbe es genug:

- Kein Jugendkeller mehr und damit kein nicht kommerzielles Freizeitangebot;
- Kein Angebot für Jugendliche, die vorzeitig die Schule verlassen und deren Familien überfordert sind;
- Keine Möglichkeit zur Anordnung von gesetzlichen Massnahmen, weil keine geeignete Fachstelle einen offiziellen Auftrag dazu hat. Ein Jugendamt fehlt, auf kantonaler, nicht nur auf städtischer Ebene.

Ich bin gespannt auf die Antwort des Stadtrates und danke zum Voraus."

Stadtrat Urs Hunziker Stellungnahme des Stadtrates *

"Mit ihrer am 15. Mai 2001 eingereichten Interpellation erkundigen sich Iren Eichenberger und Mitunterzeichnende nach dem Jugendleitbild und dem daraus resultierenden Leistungsauftrag für den Verein Schaffhauser Freizeitzentren (VSFZ).

Es scheint nach aussen so, als ob das Jugendleitbild gewissermassen schubladiert worden sei. Dem ist aber nicht so. Erlauben Sie mir, Ihnen den tatsächlichen Sachverhalt zum Jugendleitbild und zu einem Leistungsauftrag für den VSFZ detailliert zu schildern.

Jugendleitbild

Nachdem das Jugendleitbild vom "Projektteam Jugendleitbild der Stadt Schaffhausen", unter der Federführung von Frau M. Reutimann, fristgerecht im Dezember 2000 an den früheren Schulreferenten Werner Widmer abgegeben worden war, wurde es durch den neuen Referenten am 27. März 2001 im Stadtrat vorgestellt. Der Schulreferent wurde mit Stadtratsbeschluss gleichen Datums eingeladen, das Jugendleitbild mit Ausführungen über das Normverhalten von Jugendlichen und über die Integration ausländischer Jugendlicher zu ergänzen. In der vorliegenden Form ist das Jugendleitbild nach Ansicht des Stadtrates zu stark fokussiert auf Jugendliche, die bereits Probleme haben oder die Mühe haben, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten.

Insbesondere fehlte dem Stadtrat die Berücksichtigung der Anliegen all jener Jugendlichen, die ihre Freizeit sehr wohl zu gestalten wissen und die in verschiedenen Vereinen organisiert sind. All diese Vereine - seien dies Sport- oder

Musikvereine, Jugendorganisationen wie Pfadfinder, Blauring oder ähnliche, leisten hervorragende Jugendarbeit, die es zumindest zu würdigen gilt. Im Jugendleitbild werden diese Organisationen relativ marginal behandelt; eine rein zahlenmässige Erfassung der Jugendlichen, die wie beschrieben organisiert sind, fehlt. Viel mehr bezieht sich das Jugendleitbild in der vorliegenden Form auf Jugendliche, deren Freizeitverhalten kaum als geplant bezeichnet werden kann, die ein gegenüber früher verändertes Ausgehverhalten zeigen, die sich tendenziell aber auch häufiger mit Problemen an die verschiedenen Beratungsstellen wenden. Um nicht missverstanden zu werden: Dieses Segment Jugendlicher bedarf unserer Aufmerksamkeit ebenso, wollen wir längerfristig Probleme wie Suchtverhalten, Vandalismus in unserer Stadt, Rassismus etc. in den Griff bekommen oder zumindest ein weiteres Eskalieren verhindern. Daneben verdienen aber alle Organisationen, die Jugendarbeit auch mit nicht auffälligen Jugendlichen leisten, Anerkennung bzw. Würdigung ihrer Arbeit im Jugendleitbild.

Frage 1 *Wann wird das Jugendleitbild dem Grossen Stadtrat vorgelegt?*

Im Auftrag des Stadtrates hat der Sprechende das Pädagogische Seminar Schaffhausen angefragt, ob es bereit wäre, das Leitbild durch Studierende im Rahmen einer pädagogischen Schlussarbeit überarbeiten zu lassen. Dies hätte den Vorteil gehabt, dass die Ueberarbeitung praktisch kostenneutral hätte vorgenommen werden können. Die Anfrage wurde von der Seminarleitung positiv aufgenommen. Allerdings musste das Vorhaben mangels Interesse seitens der Studentinnen und Studenten des pädagogischen Seminars Ende Juli 2001 wieder fallen gelassen werden. Aufgrund dieser Situation muss nun eine andere Lösung gesucht werden.

Derzeit liest sich der teilzeitbeschäftigte pädagogische Mitarbeiter des Schulamtes, Werner Bächtold, in die Akten ein, um eine Entscheidungsgrundlage dafür zu gewinnen, ob und mit welchem Zeitaufwand er die gewünschten Aenderungen im Auftragsverhältnis vornehmen könnte. Ich erwarte von ihm eine Stellungnahme in den nächsten Tagen. Eine definitive Zeitangabe, bis wann die gewünschten Ergänzungen gemacht werden können, kann erst erfolgen, wenn klar ist, wer diese vornimmt und wie diese Arbeit finanziert werden soll. Falls sich Werner Bächtold bereit erklärt, das Projekt zu Ende zu führen, bin ich der Meinung, dass mit der Fertigstellung bis Sommer 2002 gerechnet werden könnte. Eine optimistischere Prognose wage ich nicht zu stellen, da erfahrungsgemäss die Schuljahresplanung im Schulamt jeweils ab dem Monat Februar mit grossem Aufwand verbunden ist und insbesondere den Pädagogischen Mitarbeiter über sein Teilzeitpensum hinaus belastet.

Frage 2 *Ist die Formulierung eines Leistungsauftrages für den VSFZ innert nützlicher Frist möglich oder wie beabsichtigt der Stadtrat, die unverzichtbare Arbeit der VSFZ-Betriebe sicher zu stellen?*

Wie aus den Erhebungen des VSFZ ersichtlich ist, wird dessen Beratungsstelle zu mindestens einem Drittel von Jugendlichen aus den Schaffhauser Landgemeinden aufgesucht. Da sich der Kanton bereits jetzt mit einem namhaften Betrag an der Finanzierung des VSFZ beteiligt, macht es Sinn, einen Leistungsauftrag gemeinsam mit dem Kanton auszufertigen. Zusammen mit den Verantwortlichen des VSFZ wurde eine Bestandesaufnahme derjenigen Leistungen vorgenommen, die der VSFZ anbieten kann.

Stadt und Kanton werden dann gemeinsam festlegen, welche dieser Leistungen sie beim VSFZ gewissermassen "einkaufen" wollen. Im Vordergrund steht ein niederschwelliges Beratungsangebot für Jugendliche sowie der Betrieb des Jugendhauses.

Zum heutigen Zeitpunkt stehen die Verhandlungen mit dem Kanton kurz vor dem Abschluss; weitgehende Einigkeit konnte bereits erzielt werden. Ich rechne damit, dass der Leistungsauftrag auf Beginn des neuen Jahres in Kraft gesetzt werden kann.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Jugendleitbild dem Grossen Stadtrat so bald wie möglich vorgestellt wird. Weiter kann festgehalten werden, dass es in der vorliegenden Form zur Ausfertigung des Leistungsauftrages für den VSFZ genügt. Die entsprechenden Arbeiten sind im Gange und werden voraussichtlich noch dieses Jahr beendet sein."

Christian Hablützel (SP) beantragt Diskussion. Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Christian Hablützel (SP) Votum

"Ich muss mich jetzt ein wenig zurück halten. Aber ich möchte Ihnen mit sanften Worten einen Vergleich vor Augen führen. Ich habe mir jetzt das Lei(d)bild angehört. Es ist eine Leidensgeschichte. Wir gehen mit dem Thema Jugend relativ fahrlässig um. Die Jugend ist das Potential unserer Gesellschaft, das sind diejenigen Menschen, die am sensibelsten auf Veränderungen reagieren. An der Jugend machen sich gesellschaftliche Strömungen fest. Wir wären eigentlich angewiesen, dort sehr schnell zu reagieren. Ich habe jetzt von den Vorarbeiten gehört. Der Verein, der die Jugendarbeit für die Stadt Schaffhausen trägt, ist sehr geduldig. Ich kann mir nicht vorstellen, wie wir es schaffen, eine Organisation im Regen stehen zu lassen, welche für uns die heissen Kartoffeln zum Feuer heraus holt, ohne dass sie einen Auftrag hat.

Ich mache jetzt einen Vergleich. Wir gehen ja auch nicht bei den Städtischen Werken hin und erarbeiten mit Lehrlingen zuerst ein Energie-Leitbild, klären Voltaik und alles andere auch noch ab und lassen die Werke auf das Minimum herunter fahren, und warten bis das Leitbild fertig ist. Nein, wir gehen hin, lassen die Werke auf Volldampf laufen, stellen Berater an, welche 2000 Franken pro Tag kosten und dies im Dutzend, weil uns klar ist, dass da etwas passieren muss, weil sonst ein Geschäft und ein wichtiges Potential flöten geht. Im Jugendbereich ist es dasselbe. Da gehen uns ganz wichtige Trends durch die Lappen. Da geraten Jugendliche laufend in schwierige Situationen, ohne dass sie eine adäquate Begleitung, geschweige denn einen Ansprechpartner haben. Wir müssen uns schon fragen, ob es der richtige Weg ist, über Leidbild-Geschichten mit d geschrieben zu einem Leistungsauftrag zu kommen. So leicht kann sich die Stadt Schaffhausen nicht aus der Verantwortung ziehen.

Zur Frage des Engagements des Kantons möchte ich beifügen: Natürlich erwarte ich vom Kanton, dass er sich mit dem Thema Jugend auseinandersetzt. Wir vertreten aber die Hälfte der Kantonsbevölkerung. Wir sind der Brennpunkt der sozialen Fragestellungen im Bereich Jugend. Da stünde es uns gut an, eine Vorreiter-Rolle zu übernehmen und den Kanton halt nachher ins Boot zu nehmen, sofern uns das überhaupt gelingt."

Herbert Distel (CVP) Votum

"Ich möchte kurz zum Jugendkeller sprechen, weil Iren Eichenberger diesen angesprochen hat. Ich finde es auch schade, dass dieser nun geschlossen ist. Ich wurde vor 9 Jahren, als ich frisch hier war, als Mitglied des GrSR in den Vorstand des Vereins gewählt. Da gab es noch das Jugendkeller-Team, welches stets Veranstaltungen organisierte. Aber leider kam niemand, weil der Jugendkeller zu früh schliessen musste (um 00.30 h, samstags um 01.30 Uhr). Heute gehen die Jugendlichen erst um 23.00 Uhr auf den Bus, wenn wir ins Bett gehen. Das ist ein Problem. Wir haben vor Jahren sehr viel Geld in den Jugendkeller gesteckt, in dem ein zweiter Eingang erstellt wurde, um die Sicherheit zu erhöhen und mehr Leute im Keller aufnehmen zu können. Jetzt ist er leer. Ich finde das schlimm.

Später wurde der Jugendkeller privat vermietet. Ich kann Ihnen Fotos zeigen, welche vom Hochbauamt erstellt wurden. Nach jeder Veranstaltung war die WC-Anlage defekt, und die Reparaturkosten bewegten sich jedes Mal zwischen 1'000 und 5'000 Franken. Dann hat man die Kautionshöhe erhöht; jetzt hat es keine Interessenten mehr."

Raphael Rohner (FDP) Votum

"Ich möchte Kollege Hablützel in Erinnerung rufen, dass die Leidensgeschichte ja wohl nicht in diesem Jahr begann. Die Frage des Jugendleitbildes wurde wohl nicht in diesem Jahr thematisiert und auf den Tisch gelegt, sondern vom Amtsvorgänger unseres jetzigen Schulreferenten, der sich nun sehr aktiv bemüht, Nägel mit Köpfen zu machen.

Nun müssen wir uns hier nicht in Vergangenheitsbewältigung suhlen, sondern wir müssen klar bekennen - da sind wir uns einig -, für die Anliegen unserer Jugend in unserer Stadt. Ich bin auch der Meinung, dass nicht Leitbilder primär erarbeitet werden müssen, die nachher evtl. schubladiert werden, sondern dass wir klare Vorgaben gegenüber denjenigen, die Aufträge zu erfüllen haben, formulieren müssen, und nachher allenfalls noch die frommen Sprüche rund herum zu kreieren haben. Der Leistungsauftrag gegenüber dem VSFZ ist tatsächlich soweit fertig gestellt. SR Urs Hunziker hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten zusammen mit Frau Reutimann sehr darum bemüht. Es ist verständlich, dass man sich bei der Formulierung eines entsprechenden Leistungsauftrages nicht gleich mit dem ersten Entwurf zufrieden geben kann. Aber ich denke, dass das, was jetzt im Entstehen ist, wird durchaus vertretbar sein und eine gute Basis für die weitere Arbeit mit dieser Vereinigung darstellen.

Der Kanton wurde angesprochen. Sie wissen wohl auch - das hat SR Hunziker in seinem Votum klar hervor gehoben -, dass der Kanton, der bereits jetzt einen namhaften Beitrag leistet, mit beteiligt sein wird. Der Kanton wird zusammen mit der Stadt aller Voraussicht nach diese Leistungsvereinbarung mit dem VSFZ abschliessen können, sofern die politischen Behörden hier noch zustimmen. Ich denke, das wird so gut kommen.

Das Jugendleitbild war halt schon sehr einseitig ausgerichtet. Das hat SR Hunziker zu Recht moniert. Dort hat es einige Bereiche gegeben, die ergänzungsbedürftig waren. Hier soll nun in sorgfältiger Arbeit eben das nachgeholt werden, was noch nicht getan worden ist. Aber Herr Hablützel, es wurde dieses Jahr nicht Nichts getan. Die Leidensgeschichte hat aufgehört. Die Sonne geht auf, um es auch einmal blumig

zu formulieren. Aber wir müssen trotz allem auf dem Boden bleiben und sehen, dass wir nur das realisieren können, was in der jetzigen Situation machbar ist.

Wenn wir von Verlässlichkeit sprechen, dann ist das ein berechtigtes Anliegen, das der VSFZ gegenüber der Stadt postuliert. Nur bedenken Sie etwas: Es geht hier nicht um gebundene Ausgaben. Auch in dieser Leistungsvereinbarung wird sich die Stadt nicht über Jahre hinweg verbindlich zu einem festen Beitrag verpflichten können. Der jeweilige Budgetprozess muss jedes Mal abgewartet werden, bis man sieht, wie es wieder weiter geht. Mit den guten Absichten und mit der politischen Willenskundgebung, dass man diesen Bereich der Jugendarbeit, der dort platziert ist, auch unterstützen will, wird man das Nötige auch veranlassen können."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Es ist wirklich eine Leidensgeschichte. Es freut mich eigentlich, dass Raphaël Rohner den Eindruck hat, die Sonne gehe auf. Das Problem liegt darin, dass eine Kommune in der Grösse von Schaffhausen schon viel früher im Bereich Jugendarbeit etwas hätte machen müssen." Bezüglich des Jugendleitbildes findet die Votantin, dass man immer wieder daran herum feilen könne, weil in der Gesellschaft und speziell bei den Jugendlichen alles ständig in Bewegung sei. Die Richtigkeit der Absicht, die Ergänzungen im Leitbild durch Studierende am Pädag. Seminar erarbeiten zu lassen, habe sie von Anfang an bezweifelt. "Man muss es kostenneutral machen, wenn es um die Jugend geht.

Die ganze Jugendarbeit mit Jugendlichen, die gut strukturiert sind und bei denen es gut läuft, ist wunderbar. Diesen Organisationen soll man auch danke sagen. Aber es ist halt so, dass wir uns den problematischen Jugendlichen annehmen müssen. Da haben wir einen Auftrag. Da geht es um Prävention. Viele von Ihnen wissen, dass wir Mühe haben, Lehrpersonen zu finden, vor allem für die Lehrstufe, wo Jugendliche sind, welche nicht die Sekundarschule oder die Kanti besuchen. Da brodeln es. Hier besteht ein grosser Handlungsbedarf. Da müssen wir aktiv werden und nicht davon reden, dass man diese oder jene Organisation oder Gruppierung noch etwas mehr wertschätzen und noch ein wenig warten müsse."

Urs Tanner (SP) Votum

"Raphaël Rohner sieht die Sonne aufgehen. Ich hoffe, dass sie nicht ganz unter geht. Ich empfinde die Wertschätzung der Jugendarbeit in der Stadt als relativ tief. Ich möchte dies kurz an drei Beispielen erwähnen.

- Einschaltung des Pädag. Seminars zur Ergänzung des Leitbildes: Dieses kann man qualitativ nicht anzweifeln. Bezüglich Konsequenzen einer "Zusammenarbeit Städt. Werke Schaffhausen/Neuhausen und EKS" haben wir eine professionelle Studie der BDS. Die wurde wahrscheinlich nicht ganz kostenneutral gemacht.
- Wenn es um konkrete Vorstösse geht - Idee "Midnight Basketball" -, so bekomme ich vom SR die Antwort: "*Midnight Basketball nahm vor rund zwei Jahren seinen Anfang in der Schweiz und macht jetzt auch vor unserer Stadt nicht Halt. Es scheint, dass das bestehende Freizeitangebot noch nicht alle Bedürfnisse oder Wünsche abdeckt. Heute wird von den Jugendlichen Fun und Action bald rund um die Uhr verlangt.*" Das sind die erste drei Sätze aus der Antwort des SR auf meine Kleine Anfrage: Wäre es möglich, dass man ein "Midnight Basketball" anbieten könnte? Auf meine Frage 4: Könnte der SR dieses Projekt im Jugendleitbild unterbringen? schreibt der SR: "*Der Stadtrat ist gerne bereit, dieses Projekt dann im Jugendleitbild unterzubringen, wenn ein*

entsprechender Versuch auch positiv ausfällt." Zuerst muss man es machen, es muss positiv ausgefallen sein, dann kommt es ins Leitbild.

Es darf doch nicht sein, dass man Jugendarbeit so bewertet.

- Der letzte Punkt hat mit SH 500 zu tun. Das ist ein klassischer Papiertiger. Es wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben. Es hat ein Drittrealschüler mitgemacht und den 1. Platz gewonnen. Wunderbare Unterlage im Geissberg: Projekt Abenteuer- und Hüttenbau-Spielplatz; dies könnte man umsetzen. Hände schütteln, Projekt schubladisiert. Es passiert nichts.

Das sind Beispiele. Das Leitbild müssen wir professionell erarbeiten. Das muss ernster genommen werden."

Peter Wullschleger (CVP) Votum

"Ich weiss nicht, ob ich einen Fehler mache, wenn ich Ihnen sage, dass ich ein Jugendleitbild und ein Jugendleidbild nicht nötig habe. Ich bin mir aber bewusst, dass eben andere ein solches nötig haben. Ich habe lange studiert am Vergleich, den Christian Hablützel angestellt hat zwischen Jugendleitbild und Energieleitbild. Dieser Vergleich hinkt, aber ich bin nicht darauf gekommen, wo er hinkt, bis Esther Bänziger gesagt hat, "wir brauchen doch ein Leitbild für die problematischen Jugendlichen." Das ist genau der Punkt. Eigentlich bräuchten wir keines; es würde wunderbar gehen, wenn wir nicht eine Gruppe hätten mit Problemen. Das Energieleitbild betrifft eben alle, und das Jugendleitbild meiner Auffassung nach nicht alle. Ich frage mich, ob man eigentlich nicht besser vor Elternleitbild sprechen müsste als von Jugendleitbild. Es hat noch nie eine Jugend gegeben, die derart viele Möglichkeiten hat, wie sie die heutige Jugend vorfindet. Das sind die Gedanken, die mir durch den Kopf gehen, und ich frage mich, ob es richtig wäre, bei der Entwicklung des Jugendleitbildes stärker in diese Richtung zu denken. Ich glaube, dass es viele Eltern gibt, die irgendwie ein Leitbild nötig hätten."

Esther Bänziger (SP) Votum

"In der Schule hätten wir oft gerne Eltern, die wir besser einbinden könnten. Aber das können wir vergessen. Wir können nicht ein Elternleitbild machen. Welche Eltern lassen sich denn da dreinreden? Darum müssen wir zu den Kindern und den Jugendlichen schauen. Wenn eine Gruppe von Kindern oder Jugendlichen Probleme machen oder haben, können sich diese auf alle ausweiten. Deshalb müssen wir diese ernst nehmen. Ich sage nicht, dass man das Jugendleitbild nur für die schwierigen Jugendlichen machen muss."

Christian Hablützel (SP) Votum

"Ich gebe allen VorrednerInnen recht. Ich sehe auch die Sonne am Horizont aufgehen. Ich hoffe aber, dass sie nachhaltig wärmt. Ich möchte aber noch etwas zur Jugendarbeit sagen. Natürlich sollten die Eltern eingebunden werden. Aber Jugendliche brauchen Widerstand. Wenn ich als Vater erklären müsste, was Jugendarbeit bedeutet - und zwar meine ich die Jugendlichen, welche nicht die Eltern haben, die hinstehen - da würde ich sagen: Da müssen Menschen Widerstand leisten, damit die Jugendlichen wachsen können. Sonst überborden sie und gehen über die Grenze hinweg, und werden erst von der Polizei gestoppt. Jugendarbeit heisst nichts anderes als Menschen, die hinstehen und den nötigen Widerstand jenen Jugendlichen gegenüber leisten, welche diesen im Alltag - sei es in der Schule oder heute auch oft im Lehrbetrieb nicht (mehr) bekommen. Da ist eine Lücke entstanden. Wir haben Jugendliche in unserer Stadt, welche diesen Widerstand

brauchen, um wachsen zu können. Deswegen müssen wir uns für die Jugendarbeit einsetzen. Da müssen Menschen hart arbeiten. Ich begrüße sehr alle die privaten Anstrengungen - da kann man die Männer-Freiwilligenarbeit einmal loben: Jugendarbeit in den Sportvereinen, Musikvereinen, Pfadi, Jungwacht usw. Darauf sind wir angewiesen. Da sind wir froh, dass die Jugendlichen dort diesen Widerstand erhalten und wachsen können. Aber im Bereich Jugendarbeit für die problematischen Jugendlichen müssen wir schnell handeln."

Iren Eichenberger (OeBS) Schlusswort der Interpellantin

"Ich möchte SR Urs Hunziker danken für seine Antwort. Ob sie mich befriedigt hat - was soll ich da sagen? Sie hat mich vielleicht etwa so befriedigt, wie die Antwort der Post an den Stadtpräsidenten. Da kann sich jede/r reimen, was das heissen mag. Ich habe durchaus Verständnis, dass das Leitbild, das der Stadtrat erhielt, vielleicht in seinen Augen nicht vollständig war. Ich finde es auch eine gute Anregung, wenn man sagt, man wolle das Normverhalten genauer beobachten, man will die Integration der ausländischen Jugendlichen einbeziehen, wobei ich gleich unseren Parteikollegen Thomas Feurer höre, der sagt: "Wir haben Studien und Expertisen genug, wir müssen nun endlich etwas machen." Vielleicht gehört das auch einmal in dieses Kapitel. Grundsätzlich finde ich das berechtigt.

Was ich aber sehr bedauerlich finde, ist, dass jetzt so viel Zeit verstreicht, bis das passieren kann. Ich meine genau wie Esther Bänziger, dass es absehbar war, dass ein pädagogisches Seminar, wo junge Leute im Alter zwischen 18 und 20 Jahren ausgebildet werden, diese anspruchsvolle Aufgabe nicht übernehmen kann. Eher traue ich diese Arbeit dem jetzt bezeichneten Werner Bächtold zu. Aber es wäre natürlich schon sehr wünschenswert, dass dieser Auftrag relativ schnell erfüllt würde.

Zum Leistungsauftrag an den VSFZ meine ich auch, dass es richtig ist, mit dem Kanton zusammen zu arbeiten. Da möchte ich gleich auch das Votum von Christian Hablützel aufnehmen, der gesagt hat, die Stadt dürfe sich nicht aus der Verantwortung stehlen; natürlich ist das auch mein Anliegen - aber der Kanton darf dies auch nicht tun. Wir haben es schon mehrfach gehört, die Stadt "hütet" im Sozialamt schon die Erwachsenen aus Landgemeinden. Natürlich gelten während 2 Jahren diese Abgeltungsregeln, aber es sind doch relativ viele Leute, die vom Land in die Stadt zügeln, um hier die bestehenden Angebote in Anspruch zu nehmen. Wenn wir hier einfach unser Angebot aufbauen, sind die Probleme auf dem Land überhaupt nicht gelöst, und die gibt es eben auch. Man darf davor ja nicht die Augen verschliessen.

Zum Freizeitverhalten, das Herbert Distel angeführt hat - da hat er recht -, das hat sich sehr verändert. Das ruft einfach nach Antworten. Da müssen wir den heutigen Jugendlichen, da meine ich die 13 - 15-jährigen, die auch in den Ausgang wollen, begleitete Angebote anbieten. Alles andere ist nachlässig und wird sich früher oder später rächen.

Zu Raphaël Rohner: Ich habe nichts gegen seinen Optimismus. Ich finde das positiv, und ich hoffe auch, dass er seitens des Kantons aktiv mitarbeitet an konzeptionellen Lösungen.

Esther Bänziger sagt ebenfalls zu Recht, dass es nicht genügt, wenn wir uns einfach auf die sog. "gefremte Jugend" und die gut organisierte Vereinsarbeit konzentrieren,

sondern wir müssen vor allem die Problemjugendlichen anschauen. Da ist tatsächlich Handlungsbedarf. Da fällt mir wieder die erschreckende Zahl ein, die ebenfalls Thomas Feurer erwähnt hat, dass ein Aufenthaltstag in einer Erziehungseinrichtung, in einer pädagogischen Einrichtung zwischen 400 - 600 Franken kostet. Das sind extrem hohe Zahlen, die da zusammen kommen.

Urs Tanner zweifelt an der Wertschätzung für die Vereinsarbeit. Da muss ich ehrlich gestehen, da habe ich auch meine Zweifel. Diese Wertschätzung dürfte sich ab und zu auch in Franken ausdrücken, in dem man vielleicht irgend ein Projekt relativ grosszügig unterstützt. Solche Vereine arbeiten immer mit Freiwilligen, die es sich nicht so gewohnt sind, Anträge zu schreiben und Evaluationen durchzuführen, wie das von Professionellen kommt. Darum gehen sie oft leer aus, wenn es um die Verteilung von Geldern geht. Da wäre ich sehr für mehr Unterstützung.

Peter Wullschleger hat angeführt, man solle sich vermehrt auf die Eltern konzentrieren, diese Problemjugendlichen seien quasi nur ein kleiner Teil. Aber wir können diese Problemjugendlichen nicht exkommunizieren. Sie gehören in unsere Stadt, und mit denen müssen wir leben. Ihre Lumpereien und Schäden, die sie verursachen, sind da und gehen uns etwas an. Es ist wahrscheinlich besser, wenn wir sie vorzeitig wahrnehmen und zu reagieren versuchen. Hingegen bin ich sehr einverstanden, wenn man auch die Eltern einbezieht. Das Problem ist - wie Esther Bänziger gesagt hat: Wie machen wir das? Bekanntlich nützt nur, was Leute freiwillig akzeptieren, wenn sie sich fortbilden usw. Das ist gerade bei den Eltern von Problemjugendlichen ein extrem schwieriger Punkt.

"Summa summarum" muss ich sagen: Leider warte ich immer noch auf das Leitbild. Eigentlich kann ich es in einem Bild ausdrücken: Das Jugendleitbild im Pult des Stadtrates ist für mich so ungewiss, wie der Kuchen im geschlossenen Backofen, von dem ich nicht weiss, ob er noch aufgeht oder ob er bereits in sich zusammen gefallen ist. Ich hatte da schon grosses Pech. Herzlichen Dank."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4 Motion Rolf Amstad (SP) - Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen

Rolf Amstad (SP) Begründung *

"Ein Sprichwort sagt: „Wer heute den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen". Was will ich damit sagen? Im Bereich der Jugendarbeit wurden die Köpfe während den letzten Jahren effektiv in den Sand gesteckt. Die immer wiederkehrenden Unklarheiten und Probleme vor allem auf Seiten des Vereins Schaffhauser Freizeitzentren liessen die Zähne beim Verein sowie auch auf politischer Ebene manchmal doch recht heftig knirschen!

Was gab den Ausschlag, dass ich gerade in diesem heiklen sozialen Umfeld mit dieser Motion dem langen Zähneknirschen ein Ende setzen möchte? Den Vorstoss verdanke ich eigentlich meiner Tätigkeit als Mitglied der ständigen Kommission „Verein Schaffhauser Freizeitzentren" und damit auch als Vorstandsmitglied des Vereins.

Ausschließlich dank der Kommissionsmitarbeit habe ich die wahren Umstände, Hintergründe und Probleme im Bereich der Jugendarbeit in unserer Stadt hautnah mitbekommen. Ich erlebe insbesondere, wie ausserordentlich schwierig das Zusammenspiel zwischen Verein und der Politik ist. Vor allem, wenn im Fall der städtischen Jugendarbeit verbindliche Leistungsaufträge und ein Leitbild fehlen. Dann sind Vereine wie der VSFZ praktisch auf sich alleine gestellt, machen die Arbeit für die Stadt, allerdings ohne gesicherte Finanzierung. Ein Verein hat andere Perspektiven, er ist immer am Ort des Geschehens orientiert und dies führt zwangsläufig immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten. Ich bin ebenfalls in verschiedenen Vereinen tätig und kann es daher bezeugen, es funktioniert schlichtweg nicht. Erfahren kann man dies nur, wenn man beide Strukturen kennt und sich damit beschäftigt.

Nun möchte ich Ihnen ein paar kritische Punkte zur heutigen Ausgangslage des VSFZ auflisten:

- Der VSFZ mit Jugendhaus und Beratungsstelle ist momentan die alleinige zuständige Institution für die offene Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen.
- In der Stadt Schaffhausen fehlen bis anhin Visionen, Strategie, Leitbild und Zielsetzungen, unterlegt mit entsprechenden Massnahmen-Paketen für die offene Jugendarbeit.
- In der Vergangenheit durchlebte der Verein viele Krisen - der umfassende Aufbau, die Konsolidierung neuer Strukturen und eine zeitgemässe Ablauforganisation scheiterten lange.
- Die relevanten Organisations- und Führungsgrundlagen muss sich der Verein selber erarbeiten, da ein klarer Auftrag von Seiten der Stadt gänzlich fehlt. Ebenso ist der Zugriff auf mögliche, vorhandene Hilfsmittel nicht vorhanden.
- Eine Stelle in der Stadtverwaltung ist nicht existent, welche sich für die strukturelle und konzeptionelle Jugendarbeit verantwortlich zeigt. Dieser Umstand ist für den VSFZ unzureichend und im Alltag äusserst beschwerlich.
- Der VSFZ hat trotz Ressourcenoptimierungen (zu erwähnen ist hier sicherlich die Abgabe des Bereichs Freizeitwerkstatt Dreispitz an die Stadt) bereits heute seine Kapazitätsgrenzen vor allem im Beratungsbereich erreicht. Die Beratungsfälle nehmen an Schwere und Menge immer weiter zu.
- Durch die Forcierung der Öffentlichkeitsarbeit, um den Bekanntheitsgrad der Institutionen zu steigern und das Angebot publik zu machen, zeichnet sich eine weitere Frequenzsteigerung ab. Die Statistik der letzten 1 1/2 Jahre ist ein eindeutiger Beweis dafür. Hat doch die Beratungsstelle während diesem Zeitraum eine Zunahme von rund 13% an Klienten zu verzeichnen und dies mit weniger Stellenprozenten als Anfang 2000 notabene. 66% aller Klienten kommen übrigens aus der Stadt Schaffhausen, der Rest aus den anderen Schaffhauser Gemeinden und 6% aus dem Kanton Zürich.
- Noch eindeutiger ist die Zunahme von Besuchern des Jugendhauses. Hier ist gegenüber dem Vorjahr eine hohe Zunahme in den ersten sechs Monaten dieses

Jahres zu verzeichnen, nämlich plus 2'780 Jugendliche, die einen Teil ihrer Freizeit im Jugendhaus verbrachten. Diese Zahlen sprechen für sich und sind - was das Jugendhaus betrifft - eigentlich äusserst erfreulich. Sie sehen also meine Damen und Herren, das Team stösst hier klar an personelle Grenzen.

- Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Tatsache, dass entsprechende Defizite der allgemeinen Jugendarbeit in den Quartieren vorherrschen - leider nehmen auch hier die Probleme stetig zu (v.a. in den sog. "Slumgebieten"), da Betreuung und Beratung ebenso fehlen.
- Die Migration von ausländischen Jugendlichen gewinnt zunehmend an grosser Wichtigkeit. Es fehlt hier der ganzheitliche Lösungsansatz in der Stadt Schaffhausen. Die Lösung der umfassenden Fragestellung kann durch die Stadt nicht an den VSFZ delegiert werden.

Eines der grössten Defizite im Jugendbereich ist sicherlich die Tatsache, dass es keine städtische und ebenso auch keine kantonale Instanz der Jugendhilfe (eben z.B. das Jugendsekretariat) gibt, die ein einheitliches, professionelles Angebot machen und insbesondere die bestehenden Einrichtungen vernetzen könnte.

Wie in der Antwort von Stadtrat Urs Hunziker zur Interpellation von Iren Eichenberger eben gehört, soll zumindest bald eine Verbesserung durch das längst fällige Jugendleitbild und den Leistungsauftrag geschaffen werden. Das Leitbild und der Leistungsauftrag werden vom VSFZ sehnlichst erwartet und werden vorerst einige Unklarheiten lösen und dem VSFZ einen entsprechenden Halt geben.

Soweit so gut - die SP-Fraktion ist aber der Meinung, dass im Bereich der Jugendarbeit Versäumtes aufzuholen ist, und die Stadt Schaffhausen hier die volle Verantwortung übernehmen muss. Denn für uns ist klar: Die Jugendprobleme werden in Zukunft weiter zunehmen. Dafür sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Einer davon ist unsere Gesellschaft, die sich laufend ändert; vor allem die Jugendlichen sind diesen gesellschaftlichen Veränderungen sehr stark unterworfen.

Leider haben viele Jugendliche während ihrer Freizeit keine Perspektiven mehr. Ich frage mich, warum dann diese Perspektiven respektive eine herausfordernde Tätigkeit in ihrer Freizeit heute fehlen? Ich kenne die genauen Gründe nicht, doch die heutige Gesellschaft und die Lebensweise der Jungen trägt wohl dazu bei. Als Beispiel nenne ich den Mitgliederschwund in vielen Vereinen und Institutionen. Man will eben frei sein, das machen, wozu man gerade Lust hat, und zudem will man sich nicht mehr binden. Wir sind praktisch gezwungen, diese sogenannten Trends einfach mitzumachen. Nur nebenbei, achten Sie mal darauf, wie viele Jugendliche heutzutage noch ohne Handy sind! Bei Jugendlichen hat sich vor allem auch das Ausgehverhalten verändert. War früher die Ausgangszeit von 20.00 Uhr bis ca. 01.00 Uhr, ist sie heute von 23.00 Uhr bis 04.00 Uhr in der Frühe! Die Nacht wird also vielfach zum Tag oder eben auch umgekehrt... Gerade für Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren fehlen für dieses neue Ausgehverhalten entsprechende Lokalitäten oder Veranstaltungen. Häufig resultiert daraus ein unkontrolliertes Herumhängen auf der Gasse. Vor allem für diese Altersstufe sind Defizite in unserer Stadt vorhanden. Hier muss in Zukunft etwas geschehen, wollen wir das Ausbreiten von sogenannten „Hänger-Teenies“ verhindern.

Ich erinnere hier auch an die Kleine Anfrage von Urs Tanner, das Midnight-Basketball in der Stadt Schaffhausen zu organisieren.

Ausserdem ist es erwiesen, dass Präventionsmassnahmen sinnvolle und erst noch kostengünstigere Investitionen sind. Denn, ist ein Jugendlicher auf die schiefe Bahn geraten und muss betreut werden, kostet dies ein Vielfaches mehr. Wird das Problem also ohne Lösungsansätze weiterhin vor sich her geschoben, wird es auch immer mehr unsere Finanzen belasten.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass es oftmals Jugendliche ausländischer Herkunft sind, die Probleme verursachen. Gerade in diesem Bereich sind die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter äusserst stark gefordert und damit eben auch die Stadt im Speziellen. Ich erinnere hier an die Interpellation Thomas Hauser zu den Sozialausgaben. Die Integration von ausländischen Jugendlichen gewinnt immer mehr an Wichtigkeit, denn Gewaltausbrüche unter Jugendlichen sind kein Zufall. Häufig gehen sie zurück auf fehlende Bildung und eben die fehlende Integration. Bildung ist die Grundlage für beruflichen Erfolg, eine gute Schule die beste Gewaltprävention.

Sozial benachteiligte SchweizerInnen und AusländerInnen sollten möglichst früh, unter Einbezug der Eltern, gezielt gefördert werden. Genau hier wäre es fatal, das Thema einfach auf die lange Bank zu schieben. Diese wichtige Aufgabe muss unverzüglich an die Hand genommen werden. Das liegt sowohl im Interesse der Schweizerinnen und Schweizer als auch unserer ausländischen Mitbewohnerinnen und Mitbewohner, die alle im gleich hohen Ausmass unter dem Verhalten solcher einzelner Gruppen zu leiden haben.

Ich rufe ebenfalls in Erinnerung, dass der Vandalismus in der Stadt, aber auch in den Quartieren zunimmt. Meist sind es leider wiederum Jugendliche, die dafür verantwortlich sind. Zur Zeit haben wir eine auffällige Zunahme von Meldungen über Schlägereien, Handgreiflichkeiten und Körperverletzungen, was breite Kreise der Bevölkerung beunruhigt. In unserer Stadt sind es die neuralgischen Punkte wie Orient, Kuba, Champ-Bar etc. und in der wärmeren Jahreszeit auch immer wieder das Lindli, wo Sachbeschädigungen und Gewaltanwendung für Unruhe sorgen. Dies ist aber nicht ein Phänomen, das nur Schaffhausen betrifft, nein meine Recherchen haben gezeigt, dass diese Vorkommnisse ein landesweites Problem darstellen. In verschiedenen Städten ist jetzt die Politik ebenfalls gefordert - vor allem auch was die Finanzierung anbelangt.

Ein Beispiel dafür ist unsere Nachbarstadt Winterthur. Die Stadt Winterthur hat schon länger ein Jugendsekretariat, das mit allen anderen sozialen Einrichtungen vernetzt ist, damit die Ressourcen optimal genutzt werden können. In Winterthur wird derzeit angestrebt, dass sich die Stadt noch stärker im Jugendbereich engagiert, damit man agieren kann und nicht reagieren muss, weil es dann vielleicht schon zu spät ist. Als Neuerung möchte man in Winterthur eine mobile Jugendstation einrichten, um näher an den Orten des Geschehens sein zu können. Das Jugendsekretariat wirkt hier als eine Art Drehscheibe. So funktioniert laut Auskunft des Sekretariatsleiters das Zusammenspiel mit Drittpersonen z.B. den sozialen Institutionen, privaten Organisationen und der Kirche sehr gut.

Die Schilderungen von Gewalt und Vandalismus sind leider Realität, auch die Zunahme der Gewaltbereitschaft unter den Jugendlichen. Doch ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass dieses Verhalten auch hier wiederum nur einen Teil der Jugendlichen betrifft, keinesfalls bringt unsere jüngere Generation nur Probleme mit sich. Um zwischen durch auch das Positive zu erwähnen, muss gesagt werden, dass viele Jugendliche mit ihrer Kreativität, ihren erfrischenden Ideen und ihrem Verantwortungsbewusstsein sehr viel Positives bewirken in unserer Stadt!

Nun, im Sinne einer konstruktiven Kritik möchte ich Ihnen, zusätzlich zu den zwei Forderungspunkten im Motionstext, ein paar Lösungsansätze unterbreiten, welche wie folgt aussehen könnten:

- ⇒ Schaffung einer Stelle für Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen, die klar einem Referat zugeteilt ist (z.B. im Referat von Urs Hunziker). Dies im Sinne eines definierten Fachbereiches - analog Heime, Schulen, etc. Neu könnte dieser Fachbereich „Jugend“ heissen.
- ⇒ Die Stellenleitung des VSFZ (Fachbereiche Jugendhaus und Beratungsstelle) könnte im entsprechenden Referat untergebracht sein. Sie könnte auch die Koordinations- und Anlaufstelle bilden für den Einbezug von Drittpersonen.
- ⇒ Zugewandt könnten weiter die Stellen wie Prävention, Aids, Verbände, Familien ergänzende Kinderbetreuung etc. sein.
- ⇒ Die Stelle müsste für die strukturelle und konzeptionelle Jugendarbeit verantwortlich sein. Zu deren Aufgaben würde auch die Betreuung von Organisationen gehören, welche Mandate für die Stadt ausführen, sowie die Führung der in der Jugendarbeit eingesetzten SozialarbeiterInnen.
- ⇒ Die Zielsetzungen der städtischen Jugendarbeit sollten in der breiten Bevölkerung - im besonderen bei der Jugend - kommuniziert sein. Die Jugendlichen sollen erfahren, dass sie in ihrer Lebensphase ernst genommen werden!
- ⇒ Für das Kerngeschäft "Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen" müssten entsprechende finanzielle Ressourcen definiert und verfügbar sein.
- ⇒ Ein Controlling sollte kontinuierlich die aktuellen Bedürfnisse im Bereich „Jugend“ überprüfen.
- ⇒ Die neue Fachabteilung "Jugend" ist somit ein Kompetenzzentrum und sorgt dafür, dass individuelle Entfaltungsmöglichkeiten sowie Lebensqualität im Wohnquartier und im Stadtzentrum für Jugendliche vorhanden sind.

Soweit meine Vorschläge bezüglich Lösungsansätze.

Warnschüsse zum Jugendproblem haben wir in der Vergangenheit wohl genügend erhalten, eine Eskalation wäre fatal - die junge Generation ist unsere Zukunft von Morgen und ich meine als Politiker und Politikerinnen stehen wir da ganz besonders in der Verantwortung. Und bedenken Sie, die Jungen werden dieses Problem nicht von selber lösen können, die nehmen es nämlich ganz einfach „easy“.

Das ist auch gut so, denn jede Alterskategorie hat ihre Eigenheiten. Ich stufe mich persönlich eher noch als jünger - wenn auch nicht mehr als ganz jung - ein, und ich appelliere somit an die etwas Älteren unter Ihnen: Geben Sie mit Ihrer Unterstützung der Motion ein positives Zeichen. Ich bin sicher, die Jugendlichen - auch wenn sie nicht viel von Politik halten - werden dies zu schätzen wissen, geht es doch um **ihre Zukunft**.

Erlauben Sie mir noch folgende Feststellung zum Schluss: Auch eine vorhandene und professionell geführte Stelle für Jugendfragen kann sich gerade in der heutigen Zeit sehr positiv auf das Wohnortmarketing auswirken. Wissen doch dann mögliche NeuzuzügerInnen mit Kindern, dass sie auch in diesem Bereich einen kompetenten Ansprechpartner in unserer Stadt vorfinden.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit - ich bin gespannt auf die Antwort des Stadtrates."

Stadtrat Urs Hunziker Antwort des Stadtrates *

"Erlauben Sie mir einige wenige Vorbemerkungen. Ich habe mich im Anschluss an die Diskussion zur Interpellation von Iren Eichenberger auf einige Voten nicht mehr zu Wort gemeldet, und zwar deshalb nicht, weil ich denke, dass sie bei der Beantwortung der Motion Rolf Amstad nochmals aufgenommen werden. Eine Bemerkung möchte ich hier aber noch anbringen und zwar eine Bemerkung, was die Kosten anbelangt. Dieses Jugendleitbild hat bisher sehr viel gekostet, ohne dass es die gewünschten Ergebnisse eigentlich gebracht hat. Es lag mir deshalb primär daran, eine kostengünstige Variante für die Fertigstellung zu suchen. Es ist mir mit dem pädag. Seminar nicht gelungen; es war so nicht absehbar.

Nun aber zur Beantwortung der Motion Rolf Amstad:

"Die Stadt hat ihre Verantwortung für die wichtige Aufgabe der Jugendarbeit in den vergangenen Jahren zu wenig ernst genommen."

Mit dieser Feststellung beginnt der Motionär die Begründung seines Vorstosses. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit dieser Aussage führt zu zweierlei Erkenntnissen.

1. Der Motionär bemängelt, die Stadt hätte die Verantwortung im Bereich Jugendarbeit nicht genügend wahrgenommen. Wenn man alle Bereiche der Jugendarbeit in Betracht zieht, stellt man fest, dass sowohl Stadt wie auch Kanton ein vielfältiges Netzwerk an Jugendarbeit im weitesten Sinne unterstützen. Nebst der Unterstützung des in der Motion erwähnten Vereines Schaffhauser Freizeitzentren (VSFZ), erhalten verschiedene weitere in der Jugendarbeit tätige Organisationen finanzielle Unterstützung der Stadt, so etwa

- der VJPS (Verein für Jugendprobleme und Suchtmittelfragen)
- der durch das Schulamt organisierte Ferienspass / Snäck
- die Gemeinnützige Gesellschaft Schaffhausen für ihre Ferienlager
- Blauring / Jungwacht
- Knabenmusik

Die finanziellen Aufwändungen für den VSFZ haben in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. So hat die Stadt einen grossen Teil der finanziellen Einbusse, die der VSFZ aufgrund der Aufgabe des Engagements der evang. ref. Kirche erlitten hat, durch beachtliche zusätzlich bewilligte Gelder zumindest teilweise ausgeglichen. Von 1998 bis 2000 stiegen die Aufwände der Stadt für den VSFZ von 270'000.-- auf 320'000.-- Franken (inkl. Freizeitwerkstätte Dreispitz), für das laufende Rechnungsjahr beliefen sie sich gar auf 382'000.-- Franken. Die anderen erwähnten Organisationen erhielten in den letzten Jahren Beiträge von minimal Fr. 1'100.-- bis maximal Fr. 45'600.--.

Auch die Angebote, die der Kanton den Jugendlichen der Stadt im Bereich Beratung / Intervention zur Verfügung stellt, sind nicht zu unterschätzen. Wenn diese so direkt nicht unter den Titel "Jugendarbeit" fallen, so decken sie doch einen Teil der Unterstützungsarbeit ab, die Jugendliche benötigen. Zu diesen Institutionen gehören die Berufsberatung, das Amt für Jugend und Sport, der KJPD (Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst), der Sozialdienst des ED, die Kinderschutzgruppe und die Kriseninterventionsgruppe, um die wichtigsten zu nennen.

2. Weshalb ist die Motion Rolf Amstad dem Schul- und Heimreferenten und nicht dem Sozialreferenten zur Beantwortung überwiesen worden? Eine eindeutige Antwort auf diese Frage gibt es nicht. Sie weist aber tatsächlich auf einen problematischen Bereich hin. Die Verantwortlichkeiten für die Jugendarbeit sind in der Stadt Schaffhausen weitgehend historisch gewachsen und damit eher zufällig denn institutionalisiert geregelt. Traditionellerweise hat sich in den letzten Jahren das Schulreferat mit Jugendfragen beschäftigt. Ein grosser Teil der anstehenden Probleme betrifft aber ebenso das Sozialreferat. In diesem Bereich sollten daher die Verantwortlichkeiten für die Zukunft überprüft und klar geregelt werden.

Was ebenfalls fehlt, ist ein koordiniertes Freizeitangebot für diejenigen Jugendlichen, die eben lieber herumhangen als sich in eine Vereinsorganisation einzufügen. Das Freizeitverhalten dieser Gruppe von Jugendlichen ist geprägt von rasch wechselnden Interessen, die sich schwer organisiert angehen lassen. Es stellt sich hier die Frage, wie weit es Aufgabe der Stadt sein kann oder soll, einzugreifen. Ein gewisses Mass an Jugendarbeit ist mit Bestimmtheit angezeigt, wollen wir einer weiteren Verschärfung der Drogenproblematik, des Vandalismus und Rassismus entgegen wirken.

Motivation und Animation zu sinnvollem, verantwortungsbewusstem Handeln ist sicherlich hilfreich bei der Bewältigung der genannten Probleme.

Der VSFZ ist geeignet, hier Schritte einzuleiten. Er braucht für seine Arbeit einen Leistungsauftrag und eine finanzielle Absicherung.

Hier setzen wohl die hauptsächlichsten und nachvollziehbaren Forderungen des Motionärs an. Da aber gerade in Bezug auf diese Fragen einiges im Fluss ist, und die Forderungen der Motion eher zu einer starken Fokussierung auf eine rein staatlich geregelte Jugendarbeit führen würden, schlägt der Stadtrat dem Motionär die folgenden geänderten Formulierungen vor, die eine etwas offenere Ausgestaltung der künftigen Jugendpolitik zulassen, aber dennoch den Kernanliegen der Motion Rechnung tragen:

"Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, dem Grossen Stadtrat baldmöglichst Bericht und Antrag zu erstatten

1. über die Verantwortlichkeiten bezüglich Führung und Koordination der städtischen Jugendarbeit;
2. darüber, wie die Organisation der wichtigen Jugendarbeit - mit Betreuung und Beratung auch in den Quartieren - aufzubauen ist und mit welchen finanziellen Aufwendungen dafür zu rechnen ist."

Sollte sich der Motionär mit dieser geänderten Formulierung einverstanden erklären können, könnte Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, der Stadtrat die Erheblicherklärung der Motion empfehlen."

Gertrud Walch (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Der Motionär Rolf Amstad will mit dem vorgelegten Motionstext die Jugendarbeit, die bisher der Verein Schaffhauser Freizeitzentren leistete, in die Stadtverwaltung integrieren. Er begründet dies, indem er schreibt, dass die Stadt ihre Verantwortung für die wichtige Aufgabe der Jugendarbeit in den vergangenen Jahren zu wenig ernst genommen hätte.

Dem muss ich entgegen halten: Wir vertreten ja beide - Rolf Amstad und ich - die Stadt in diesem Verein, und wir haben für die Jugend ganz bestimmt ganzen Einsatz gegeben; dies in voller Verantwortung und im Wissen, dass es sich lohnt, sich für die Jugend einzusetzen. Der Verein Schaffhauser Freizeitzentren (VSFZ) ist als Verein gegründet worden. Er hat in den letzten Jahren und bis heute **grosse finanzielle Unterstützung von der Stadt und auch vom Kanton erhalten.**

Die Finanzen und Strukturen allein helfen bekannterweise aber nicht, alle Probleme zu lösen. Dass es solche gibt, will ich nicht verschweigen. Da bin ich mit Rolf Amstad einer Meinung. Ich erwähne nur einen Punkt, dass nämlich die Durchmischung der Jugendlichen im Jugendhaus nicht gewährleistet ist. Dies finde ich denn auch als ein Ziel im Leistungsauftrag, damit der respektvolle Umgang zwischen den Kulturen gewährleistet und gefördert wird. Dies ist unbedingt nötig.

Die Stadt hat ein **Jugendleitbild** in Auftrag gegeben und dieses bezahlt. Es wird jetzt noch ergänzt. Ein **Leistungsauftrag** ist in der Phase der Fertigstellung. Zudem haben wir neben dem Vereinspräsidium jetzt **eine Stellenleitung** im VSFZ. Damit sollten die Strukturen optimal sein und eine optimale Jugendarbeit ermöglichen. Kaum haben wir dies, wird versucht, diese Vereinsarbeit der Stadt zu übergeben bzw. anzuhängen. **Damit wäre ja die ganze Vorarbeit vergeblich gewesen. Wenn der Verein aufgelöst würde, hätte es kein Jugendleitbild und keinen Leistungsauftrag für diesen Verein gebraucht!**

Das erwähnte Problem wäre damit sicher nicht gelöst. Der notwendige Widerstand, den Christian Hablützel zu Recht fordert, die notwendige Grenze würde den Jugendlichen nicht gegeben.

Die SVP/EDU-Fraktion kann sich für den vorliegenden Motionstext von Rolf Amstad nicht erwärmen. Wir stehen hinter dem Vorschlag des Stadtrates. Dies ist ein Kompromiss. Ich hoffe, dass Rolf Amstad diesem zustimmen und ihn akzeptieren kann. Ich hörte von seiner Bereitschaft; das wäre sehr erfreulich."

Edgar Mittler (FDP) Votum

"Wenn ich mir die Diskussion heute Abend so angehört habe, so stellt sich mir wirklich die Frage, ob denn der Staat verantwortlich sei für die Erziehung unserer Jugendlichen. Es gibt zahlreiche Institutionen in Schaffhausen - die Spielvi betreut 250 Junioren, der FCS zählt etwa 200 Jugendliche, wir haben den EHC, die Jugendriegen von versch. Turnvereinen, die PfadfinderInnen, die Jungwacht usw. Es ist halt doch so, Esther Bänziger, wir sprechen hier vor allem von den problematischen Jugendlichen. Wo sind diese problematischen Jugendlichen? Wenn Realschüler im Alpenblick mit Schlagstöcken, Schlagringen und Stellmessern kommen, so muss man sich schon fragen, wie weit wir es gebracht haben. Die Lehrerschaft ist im Prinzip machtlos. Wenn die LehrerInnen den Kontakt zu den Eltern suchen, dann verstehen diese Eltern unsere Sprache gar nicht. Sie sind völlig überfordert. Aber es kann doch nicht die Aufgabe des Staates sein, dass wir diese Jugendlichen erziehen müssen.

Wenn man nachts um Mitternacht oder 01.00 Uhr auf den Bus geht, sieht man 13 - 15-jährige Jugendliche. Wo liegt da die Verantwortlichkeit der Eltern? Würden Sie ihre Kinder im erwähnten Alter so lange in den Ausgang gehen lassen? Hier handelt es sich um problematische Jugendliche, da hilft auch kein Jugendsekretariat und kein Jugendleitbild. Man hat den Leserbrief von Stefan Brülisauer erwähnt. Dieser Jugendliche braucht kein Jugendleitbild. Vielleicht brauchen jene Jugendlichen ein Leitbild, welche ihn verprügelt haben; aber diese lassen sich gar nicht integrieren. Da müsste man einmal mit deren Eltern Tacheles sprechen."

Peter Wullschleger (CVP) Fraktionserklärung FDP/CVP *

"Die FDP/CVP-Fraktion anerkennt, dass Jugendpolitik und Jugendarbeit eine wichtige Aufgabe ist, welche unsere Gesellschaft zu erfüllen hat. Die Frage ist nur, in welcher Form diese Aufgabe wahr genommen werden soll.

Als erklärte Anhänger des Subsidiaritätsprinzips dürfte es nicht erstaunen, dass FDP und CVP dem ursprünglichen Motionstext von Rolf Amstad nicht zustimmen können. Wir sind der Auffassung, dass auch im Bereich der Jugendarbeit nicht Ämtern Aufgaben zukommen sollten, die grundsätzlich bereits von Familie, Schule und Vereinen wahr genommen werden. Die Instrumente für eine aktive und bisher auch nicht gänzlich erfolglose Jugendarbeit sind somit vorhanden.

Ob und wie die verschiedenen Träger der Jugendarbeit zu koordinieren sind und welche Verantwortung ihnen dabei zukommt, ist eine andere Frage. Hier bedarf es in einer ersten Annäherung indessen nicht eines neuen Amtes. Eine Bestandaufnahme, was an Jugendarbeit durch wen geleistet wird, und wer sich auf Verwaltungsebene mit diesem Thema befasst, erscheint unserer Fraktion ein pragmatischer und sinnvoller Weg zu sein. Dabei ist auch das Aufzeigen allfälliger Defizite durchaus erwünscht. Gestützt auf solche Erkenntnisse können dann die erforderlichen Massnahmen gezielt ausgearbeitet werden. Vielleicht zeigt sich dann, dass es nicht ein Jugendamt braucht, sondern - wenn überhaupt - eine Elternschule oder die vermehrte Unterstützung von bereits bestehenden Jugendorganisationen, anderen Organisationen sowie des ausserschulischen Angebotes.

Zusammenfassend erachtet die FDP/CVP-Fraktion den von Stadtrat Urs Hunziker eingebrachten Wortlaut als der heutigen Situation angemessen.

Wir werden dieser Fassung zustimmen, denn es braucht im Moment und auch in naher Zukunft nicht mehr.

Sollte sich dereinst zeigen, dass die Einrichtung eines Jugendamtes unumgänglich ist, dann wäre das ein ideales Projekt für ein Zusammengehen mit dem Kanton."

Bea Hauser (SP) Fraktionserklärung

"Wenn unsere Fraktion eine Professionalisierung der Jugendarbeit und ein Jugendsekretariat wünscht, heisst das - Edi Mittler - noch lange nicht, dass wir die Jugendarbeit verstaatlichen. Esther Bänziger hatte schon recht mit dem Hinweis, dass die Jugendarbeit nicht nur für die problematischen Jugendlichen gemacht werden soll.

Ich gehöre einer Generation an, die eher nachts um 23.00 oder 24.00 Uhr ins Bett als in den Ausgang geht. Trotzdem bin ich noch jung genug, dass ich gelegentlich um diese Zeit noch im Ausgang bin. Es sind nicht ausschliesslich ausländische Jugendliche, die mir dann um diese Zeit entgegen kommen. Ich kenne viele Jugendliche im Alter von 13 - 15 Jahren von guten Schweizer Eltern. Ihre gut bürgerlichen Schweizer Eltern geben ihnen ein Handy, damit sie einmal anrufen können, wenn sie bis morgens um 04.00 Uhr im Transit hocken. Da müssen Sie nicht mich fragen - Peter Wullschleger hat das Wort Elternschule erwähnt - was wir da tun können. Das macht einem sprachlos. Ich verstehe das auch nicht. Aber das Problem verlagert sich in die Nacht, vor die Kammgarn, vor die Champ-Bar, vor den Orient - dies wurde vorher erwähnt. Irgendwo muss es doch eine Anlaufstelle geben, wo Lösungsvorschläge ausgearbeitet werden - wir können ja nicht nur mit der Polizei kommen. Da höre ich zu wenig von der Stadt. Ich gehe mit Christian Hablützel einig, ein Jugendleitbild allein bringt es ja auch nicht.

Nun gut, wir haben alles gesagt, was wir sagen wollten. Wir wollen auch den Abend nicht verlängern. Der Motionär hat mir signalisiert, dass er mit dem Vorschlag von SR Hunziker leben könne. Aber ich muss Ihnen sagen, dieser Auftrag, dass ein Bericht erstattet werden muss, den nehmen wir dann schon sehr ernst. Das Thema wird uns lange begleiten. Es wird immer schwieriger, solange diese Permissivität dieser Elterngeneration weiter geht. Ich würde mich "bedanken", wenn meine 14-jährige Tochter nachts um 12.00 Uhr aus dem Haus wollte - mein Gott!"

Esther Bänziger (SP) Votum

"Ich möchte den Abend auch nicht verlängern, aber doch sagen, dass die Stadt Schaffhausen bezüglich Jugendarbeit einmal vorbildlich war - das war vor 30 Jahren. Man hat damals den VSFZ gründen können unter Einbezug der Freizeitwerkstätte Dreispitz und hat die damalige Vorlage beim Volk durchgebracht.

Aber dann hat man sich zu lange auf den Lorbeeren ausgeruht und zu lange gedacht, wir könnten die Jugendarbeit an einen Verein delegieren. Ich bin auch nicht dafür, alles dem Staat zu übertragen. Ich hätte gar nichts dagegen, wenn sich die Wirtschaft hier engagieren würde, umso besser. Es ist auch hier so, dass die Wirtschaft Arbeitskräfte braucht, auch aus dem Ausland. Diese bringen ihre Familien mit, zu denen wir schauen müssen. Ich wehre mich dagegen, die Probleme nur ausländischen Jugendlichen anzulasten. Jugendarbeit ist ein wichtiges Thema, dem sich die Stadt und der Kanton annehmen müsste. Es handelt sich um eine Aufgabe, vor der wir die Augen nicht verschliessen dürfen."

Annina Keller (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB

"Ich muss Rolf Amstad beipflichten, wir haben den Kopf in den Sand gesteckt in den letzten Jahren. Es ist unsere Aufgabe, und wir finden, dass die Stossrichtung der ursprünglichen Motion von Rolf Amstad richtig ist, und dass ein Jugendsekretariat als Koordinations-, Planungs- und visionäres Instrument wichtig und auch gut ist. Nur ist für uns die Stadt der falsche Ort hierfür. Wir hätten es am liebsten gesehen, wenn wir heute den SR beauftragt hätten, mit dem Kanton zusammen ein kantonales Jugendsekretariat einzurichten.

Für den Vorschlag des SR mit den geänderten Anträgen können wir uns auch erwärmen, wenn der Motionär bereit ist, diese anzunehmen. Was uns wichtig scheint ist, dass diese Koordination, diese Vernetzung, welche angesprochen wurde, nicht nur mit den verschiedenen Stellen in der Stadt - VJPS, Schule, Vormundschaftsamt usw. -, sondern auch mit kantonalen Stellen (Berufsbildungsamt usw.) stattfindet. Nur eine ganzheitliche Lösung unter Einbezug des Kantons ist sinnvoll."

Iren Eichenberger (OeBS) Votum

"Ich möchte noch etwas ergänzen zum Thema Vernetzung, das jetzt öfters angesprochen wurde. Dazu kann ich sagen, auf Fachebene, unter den Sozialdiensten spielt diese Vernetzung hervorragend. Da gibt es eine regelmässige, organisierte Zusammenarbeit, da wird zusammen geplant, da werden Konzepte gemeinsam entwickelt, da wird auch sehr auf Effizienz geachtet. Damit kann man auch Geld sparen; das ist für alle wichtig, weil alle mit wenig Geld auskommen müssen. Ich finde das so auch sinnvoll. Hier kann man nicht mehr viel heraus holen.

Das Problem liegt bei den Kompetenzen. Oft gibt es Fragen und Fälle, die man sehr wohl bearbeiten könnte, aber dazu fehlen die nötigen Kompetenzen. Was macht eine Beratungsstelle für Jugendliche und Erwachsene, wenn sie Anrufe von Eltern erhalten, die sagen: "Guten Tag, mein Sohn schlägt mich täglich ab, was soll ich tun?" Das sind massive Erziehungsprobleme, da sind Eltern, die überfordert sind, welche Angst haben vor ihren Jugendlichen. Da kommen wir mit Pädagogik und therapeutischen Mitteln auch nicht mehr weit. Da braucht es erziehungsrechtliche Massnahmen, versuchsweise sicher auf unterster Stufe, im Sinne vielleicht von Erziehungsberatung. Aber so etwas muss man anordnen und durchführen können. Dazu muss jemand einen offiziellen Auftrag haben. Es braucht immer ein Mandat. Wenn ich einfach komme und sage: "Ich bin Sozialarbeiterin und meine es gut mit Ihnen, ich möchte Ihnen helfen", dann lachen sich die Angesprochenen den Buckel krumm. Aber wenn jemand kommt und sagt: "Ich habe einen Auftrag (beispielsweise des Kantons), wir müssen einen Weg finden, anderenfalls haben Sie keine Möglichkeit, irgendwelche Gelder oder Angebote für Ihre Jugendlichen zu bekommen", dann stehen die Eltern nämlich da und sind auch etwas verzweifelt, weil sie nicht wissen, was sie mit diesen schwierigen Jugendlichen machen sollen, und sind vielleicht doch noch zu motivieren. Da braucht es griffige Instrumente. Deshalb müssen wir darauf hinarbeiten, um mit dem Kanton solche Instrumente und Angebote zu entwickeln. Dazu braucht es nicht unbedingt neue Strukturen. Viel besser wäre es, die bestehenden, bewährten Strukturen zu stärken sowie mit Kompetenzen und den nötigen Finanzen auszustatten."

Raphaël Rohner (FDP) Votum

"Eine Antwort an Kollegin Iren Eichenberger: Sie haben ein Beispiel gebracht zur Frage, was man tun kann, wenn Eltern in der Erziehung überfordert sind. Da braucht

es keine neue Stelle, Iren Eichenberger, sondern man muss nur wissen - das ist auch vernetztes Denken - wer zuständig ist. Da braucht es eine Koordination und eine gegenseitige Information. Sie haben richtig gesagt, dass es an und für sich gut funktioniert. Hier gehört die Vormundschaftsbehörde hin; diese hat alle Mittel, um einzugreifen."

Ratspräsident Peter Neukomm stellt fest, dass sich die Rednerliste erschöpft hat. "Ich möchte gerne als Strafverfolger noch eine persönliche Anmerkung zu diesem Geschäft anbringen, weil ich persönlich betroffen bin - aber am Schluss der "Fahnenstange". Wenn wir in den Umzug kommen - das kann Peter Möller bestätigen - ist es meistens schon zu spät. Ich kann Ihnen sagen, es ist nicht fünf vor zwölf, es ist fünf nach zwölf. Wer jetzt die Sache auf die lange Bank schiebt, der handelt grob fahrlässig. Ich bitte alle, die jetzt die Hände werfen bezüglich einer staatlichen Sekretariatsstelle für Jugendarbeit, zu schauen, was andere Städte in der Grössenordnung von Schaffhausen präventiv an professioneller Jugendarbeit leisten. Ich wünsche mir, dass hier etwas passiert."

Rolf Amstad (SP) Schlusswort des Motionärs

"Zuerst besten Dank für die rege Diskussion zu diesem Thema. Ich möchte nur noch ganz kurz zum Votum von Gertrud Walch bezüglich Abschaffung des Vereins VSFZ sagen: Ich habe in meiner Begründung nie von einer Abschaffung dieses Vereins gesprochen. Ich würde es gerade im jetzigen Zeitpunkt schade finden, wenn der Verein aufgelöst würde. Er funktioniert heute sehr gut. Mit der neuen Führungs-Crew macht es wirklich Spass, als Vorstandsmitglied in diesem Verein mitarbeiten zu können.

Ich bin mit der Abänderung des Motionstextes gemäss Vorschlag des Stadtrates einverstanden. Gemäss den Schilderungen von SR Hunziker ist jetzt einiges in Arbeit. Mit dem bald zur Verfügung stehenden Leistungsauftrag kann der Sache immerhin ein wenig Wind aus den Segeln genommen werden. Ich möchte nochmals betonen, dass es wichtig ist, relativ rasch ganzheitliche und nachhaltige Lösungen für die Jugendarbeit zu finden. Ich habe Vertrauen in die laufende Arbeit von SR Hunziker und hoffe, dass wir auch mit dem abgeänderten Motionstext sehr bald klare Strukturen und Zuständigkeiten in der Jugendarbeit für die Stadt Schaffhausen bekommen. Ich danke Ihnen."

ABSTIMMUNG

Der Rat **überweist die Motion mit 41 : 0 Stimmen, bei 1 Enthaltung** mit folgendem geänderten Wortlaut:

"Der Stadtrat wird eingeladen, dem Grossen Stadtrat baldmöglichst Bericht und Antrag zu erstatten

- 1. über die Verantwortlichkeiten bezüglich Führung und Koordination der städtischen Jugendarbeit;*
- 2. darüber, wie die Organisationen der wichtigen Jugendarbeit - mit Betreuung und Beratung auch in den Quartieren - aufzubauen ist und mit welchen finanziellen Aufwendungen dafür zu rechnen ist."*

Das Geschäft ist erledigt.

Hier bricht der Ratspräsident die Beratung der heutigen Traktandenliste ab.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- Termin pro Memoria - **Fraktionspräs.-Konferenz Di 27. Nov. 01, 16.00 Uhr**
- **Jahresbericht Energie und Lebensraum IGEL - Jahresbericht 2000**
Dieser Bericht wurde den Ratsmitgliedern im Auftrag des Stadtpräs. z.K. verteilt.

An dieser Stelle schliesst der Ratspräsident die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung; Dienstag, 27. November 2001